



Die Thronrede.

Der Reichstag wurde mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren! Sr. Majestät der Kaiser und König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen des Reichstages zu eröffnen. Der Entwurf des Reichshaushalts-Stats wird Ihnen unverweilt vorgelegt werden, er ist unter Berücksichtigung der finanziellen Ertragnisse aufgestellt, welche die im verflossenen Jahre unter Ihrer Zustimmung vorgenommenen Reformen im nächsten Etatsjahre voraussichtlich ergeben werden. Zugleich ist sorgsam darauf Bedacht genommen worden, die Ausgaben des Reiches in den Grenzen zu halten, welche durch das dringende Bedürfnis vorgezeichnet sind. Gleichwohl hat es sich als unerlässlich gezeigt, in einer Erhöhung der diesjährigen Maticularbeiträge und in einer Ueileihe die Deckungsmittel für die Aufwendungen vorzusehen, welche ohne überwiegenden Nachtheil nicht zurückgestellt werden können. Dieser Erscheinung steht die schon bei Eröffnung des letzten Reichstages von Sr. Majestät dem Kaiser und König betonte Nothwendigkeit zur Seite, den einzelnen Regierungen durch Erhöhung der Einnahmen des Reiches die Mittel zu gerechter und wirtschaftlicher Ausgleichung der Landessteuern zu gewähren.

Diese Bedürfnisse legen den verbündeten Regierungen die Pflicht auf, der im vorigen Jahre begonnenen Reform der Finanzgesetzgebung des Reichs eine weitere Ausdehnung zu geben. Die Ergebnisse ihrer darüber schwebenden Beratungen werden, sobald sie zum Abschlusse gelangt sind, dem Reichstag zugehen. Auch für die geschäftlichen Formen, in welchen bisher die gesetzliche Feststellung des Reichshaushaltsetats erfolgte, hat sich das Bedürfnis einer Uenderung in jedem Jahre dringlicher herausgestellt. Die Bestimmung des Artikels 69 der Reichsverfassung, nach welcher der Reichshaushaltsetat für jedes Etatsjahr vor dessen Beginn durch ein Gesetz festzusetzen ist, macht es unvermeidlich, den Reichstag zu einer Zeit einzuberufen, zu welcher in der Regel zahlreiche Landtage die ihnen verfassungsmäßig obliegenden Geschäfte noch nicht zur Erledigung gebracht haben.

Um der Beeinträchtigung, welche dem Reiche wie den Landesinteressen aus der Gleichzeitigkeit der Reichs- und Landtagsessionen erwächst, wirksamer zu begegnen, als es auf den seither eingeschlagenen Wegen erreichbar gewesen ist, werden die verbündeten Regierungen Ihnen eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, welche den Artikel 69 und einige mit ihm in Verbindung stehende Artikel der Reichsverfassung in dem Sinne abzuändern beweckt, daß die gesetzliche Feststellung des Reichshaushaltsetats fortan auf einen Zeitraum von je zwei Jahren stattfinden soll.

Einer Umgestaltung und Weiterbildung bedürfen ferner die Grundlagen, auf welchen das Reichsmilitärsgesetz vom 2. Mai 1874 das deutsche Heerwesen geordnet hat. Seit dem Erlass dieses Gesetzes sind in benachbarten Staaten so umfassende Erweiterungen der Heeres- einrichtungen zur Durchführung gelangt, daß das Deutsche Reich un- befähigt der Griebefertigkeit seiner Politik im Interesse seiner Sicher- heit genöthigt ist, auch seine militärischen Einrichtungen zu vervoll- ständigen. Wenn angesichts der Opfer, welche das deutsche Volk schon jetzt für die Sicherstellung seiner Unabhängigkeit bringt, die verbündeten Regierungen nur mit Widerstreben eine Steigerung derselben in Aussicht nehmen, so hagt Se. Majestät der Kaiser und König doch keinen Zweifel daran, daß der Schutz der höchsten nationalen Güter gegen jede Gefährdung von Außen her von dem gesammten deutschen Volke und seinen Ver- tretern mit gleicher Klarheit für nothwendig erkannt und mit gleicher Entschiedenheit gefordert wird, wie von den verbündeten Regierungen.

Um die durch Umlriebe einer Umlsurzpartei bedrohte innere Sicherheit des Reichs zu schützen, haben Sie in der ersten Session der gegenwärtigen Legislaturperiode dem Gesetze gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie Ihre Zustimmung ertheilt. Dies Gesetz hat damals nur bis zum 31. März 1881 Geltung erhalten. Die Maßnahmen, welche zur Ausführung desselben ergriffen sind, haben den Erfolg gehabt, jene Bestrebungen in gewissen Schranken zu erhalten, sie völlig zu verhindern, ist in der seither verflossenen Zeit nicht gelungen und wird auch binnen Jahresfrist nicht zu ermöglichen sein. Es wird Ihnen deshalb vorgeschlagen werden, die Geltung des erwähnten Gesetzes auf eine angemessene Zeit über den 31. März 1881 hinaus zu verlängern.

Der Einschleppung und Verbreitung von Viehseuchen haben die Landesgesetzgebungen bisher mit ungleichem Erfolge abzuwehren gesucht. Nachdem von Reichswegen einheitliche Maßregeln zur Bekämpfung der Rinderpest festgelegt worden sind, haben die verbundenen Regierungen beschlossen, durch Vorlage des Entwurfs eines weiteren Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen Ihnen Gelegenheit zu eingehender Erörterung der Fragen zu geben, welche sich an diesen Gegenstand knüpfen.

Aus Anlaß der Justizreform waren Ihnen in der letzten Session die Entwürfe eines Gesetzes über das Faustpfandrecht für Pfandbriefen ähnliche Schuldverschreibungen, sowie eines Gesetzes über das Pfandrecht an Eisenbahnen und über die Zwangsvollstreckung an dieselben vorgelegt worden, welche damals nicht zur Erledigung gelangten. Beide Entwürfe werden von Neuem Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden.

Das Reich ist fortgesetzt bemüht, dem Handel und der Schifffahrt Deutschlands Schutz und Förderung zu gewähren. Ein zu dem Ende im vorigen Jahre mit Hawaii abgeschlossener und von dem König dieses Inselstaates bereits ratificirter Handelsvertrag wird Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegt werden; in gleichem Sinne werden Ihnen Vorschläge zu Gunsten der Aufrechterhaltung und Erweiterung der bestehenden und bisher blühenden deutschen Handelsbeziehungen mit Samoa und anderen Inselgruppen der Südsee zur Beschlußnahme zugehen.

Die Beziehungen des Deutschen Reichs zu allen auswärtigen Mächten sind friedlich und freundschaftlich. Das Vertrauen auf die Sicherung des Friedens durch die Ergebnisse des Congresses, welchem S. Majestät der Kaiser und König im vorigen Jahre Ausdruck gab, hat sich als ein berechtigtes bewährt; die Bestimmungen des Berliner Vertrages haben in nahezu allen Punkten ihre Ausführung bereits gefunden.

In allen weiteren Bestrebungen, den Frieden Europas dauernd sicherzustellen, bleibt das Deutsche Reich nach wie vor eifrig theilhaftig. Mit der Herstellung unserer nationalen Einigung sind die friedlichen

Neigungen des deutschen Volkes in ihr volles Recht getreten, in Befähigung derselben bleibt die Politik Sr. Majestät des Kaisers und Königs eine friedliche und erhaltende. Mit der unbeeinträchtigten Stetigkeit, welche das Gefühl eigener Kraft verleiht, wird sie auch ferner befreit sein, in voller Uneigennützigkeit für die Erhaltung des Friedens nicht nur selbst einzutreten, sondern die Mitwirkung und Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen und sicherzustellen.

Die Tagesfragen.

Jeder Tag hat seine Plage, jeder Tag auch seine Frage. Unser öffentliches Leben zeitigt fast alle Vierteljahre eine neue große Tagesfrage, die kleinen Fragen ungerechnet, und das deutsche Volk wirft sich mit einem Feuereifer auf das gründliche Studium von solchen Fragen, als ob es das Wohl der ganzen civilisirten Welt zu entscheiden hätte. Die Reichsregierung wird dann förmlich mit in den Strudel gerissen und so lange gequält, bis sie die Frage aufnimmt und mit irgend einem Gesetz als Abschlagszahlung dem Druck der öffentlichen Meinung nachgiebt. Früher haben die Deutschen nur die Philosophie für die ganze Welt betrieben, heute scheinen sie sich die Aufgabe gestellt zu haben, für alle politischen, kirchlichen, ökonomischen und sozialen Fragen ihr Land zu einer Art von wissenschaftlicher Experimentalfstation einzurichten. Wie die Wissenschaft, so wird auch die Tagesfrage in Deutschland gründlich aufgefaßt, und wenn unser Reichstag so weiter arbeitet wie bisher, so wird jedes civilisirte Volk in kurzer Zeit in dem Archive in der Leipzigerstraße Alles von schätzbarem Material vorfinden können, was es zu irgend einem informationistischen Zwecke gebraucht. Man muß geradezu staunen über die gründlichen Vorarbeiten, welche seitens der Reichsregierung zu jedem neuen Gesetz vorgelegt werden. Die Drucksachen des Reichstages repräsentiren stattliche Folianten, und bei jedem Gesetz von allgemeiner Bedeutung führt das betreffende Aftenstück die Erfahrungen anderer großer Länder, die Urtheile von Gelehrten und Fachmännern, eine Fülle mehr oder minder werthvollen statistischen Materials, die Ansichten der einzelnen deutschen Regierungen, eine wahre Fluth von Arbitrien und Superarbitrien von Behörden, die Geschichte der Angelegenheit seit hundert und mehr Jahren, die einschlägigen Rechtsdeductionen, Auszüge aus früheren Parlamentöverhandlungen, kurzum viele wissenwerthe Dinge und noch einiges Andere mehr ins Gesicht. Man nennt das im Allgemeinen deutsche Gründlichkeit, und im Grunde mag sie werthvoller sein als Leichtsinn und Oberflächlichkeit in der Gesetzgebung. Die Frage ist nur, ob wir bei aller dieser Gründlichkeit bessere Gesetze machen als andere Völker. Man braucht nur die Fluth von principiellen Fragen zu betrachten, welche in einem Jahrzehnt an uns herangereiten sind, und man wird vor der großen Tagesfrage stehen, ob unsere Galoppgesetzgebung wirklich eine Schöpfung sei, an der Alles gut ist oder nicht. Das Volk und mit ihm die Regierung haben sich für irgend eine Lösung in den einzelnen großen Tagesfragen entschieden, — ob für die richtige, das ist in vielen Fragen — die Frage.

Die hohe Politik, wenigstens die auswärtige, hat das Volk nicht gemacht, und man kann angesichts der festen und energischen Leitung derselben eigentlich dem lieben Gott danken, daß eine Hand die Zügel führt. Die wenigen Anlässe, aus denen im Reichstage und in einzelnen deutschen Landtagen die äußere Politik besprochen worden ist, haben eine Fülle von widersprechenden und absonderlichen Ansichten deutscher Volksvertreter offenbart. Es kamen dabei Kannegießereien so bedenklicher Art zum Vorschein, daß man sich Bismarcks Geringschätzung der unzulänglichen Diplomaten erklären kann. Aber im Grunde gipfelt die reale, wie die ideale, die beste wie die verschrobenste Politik in derselben Frage, in der Friedensfrage. Ist der Friede heute wirklich gefährdeter als je, so kann man es den Gegnern Bismarcks nicht verübeln, wenn sie dieses Resultat mißbilligen. Die große Tagesfrage ist nur, ob die Leute, welche den gegenwärtigen unsicheren Stand der Friedensfrage als eine Folge der Bismarckschen Politik ausposaunen, Recht haben oder nicht, denn einmal kann auch ein Bismarck nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar oder gar mehreren Nachbarn nicht gefällt, und zum andern haben wir doch vorläufig noch den Frieden, während es mindestens möglich, im Allgemeinen sogar wahrscheinlich ist, daß der Friede nicht erhalten geblieben wäre, wenn das Rezept irgend 'eines Zukunftspolitikers, deren es beinahe ebensoviel giebt als deutsche Reichsbürger, befolgt worden wäre.

Eine große Tagesfrage bietet auch unsere innere Politik zur Lösung dar. Unzweifelhaft ist das Volk müde aller jener gegenseitigen Anschuldigungen, welche aus den verschiedensten Parteilagern ertönen. Wüßte man wirklich genau, welche Partei den Niedergang unseres Erwerbslebens oder die Zerrüttung der politischen Parteien verschuldet hat, so käme man doch keinen Schritt weiter, wenn man dieser Partei fortwährend Buße predigte oder sie als Sündenbock in die Wüste jagte. Böse Absichten kann man, die Socialdemokratie vielleicht ausgenommen, keiner Partei nachweisen. Was soll nun aber der uneingeschränkte und in persönliche Spitzen auslaufende Kampf der Parteiführer, wo man nicht einmal weiß, ob irgend eine specielle Partei schulbeladen ist oder nicht. Das Volk wird nicht besser, ob man Falk als Antichrist oder den Ultramontanismus als ein böses Princip hinstellt; die Polemik ist immer unfruchtbar und nur neue Arbeit kann uns vorwärts bringen. Selbst die gegen Regierungsmaßregeln früherer Zeiten gerichteten Anklagen haben, so belehrend sie sein mögen, keinen ersichtlichen Zweck, zumal es an Erbitterung ohnehin im politischen Leben nicht fehlt. Im Reiche wird nur diejenige Partei regierungsfähig werden, welche sich von der Vergangenheit losragt und in neuer Arbeit ihre Kraft erprobt; sie muß mehr arbeiten, nicht quantitativ, aber qualitativ, so daß sie Kaiser und Reich zu überzeugen vermag, daß ihr die Leitung der Geschäfte gebührt. Der Liberalismus vermag dies und darum darf er nicht erlahmen, wenn er auch noch nicht alle Würdigung findet. Indessen steht, soweit ein Urtheil über den Reichskanzler aus seinem eigenen Worten zu begründen ist, zu erwarten, daß er einer wirklich einigen und starken Partei gegenüber gern zurücktreten und ihr die Führung der Geschäfte und die Zukunft des Reiches anvertrauen würde.

der Gemasse und die Zukunft des Reiches anvertrauen würde.

Die wirtschaftlichen Fragen haben unsere starken politischen Parteien gesprengt, und darunter leidet die konstitutionelle Entwicklung des Reiches wie der Einzelstaaten. Man könnte das natürlicher

sinden, wenn die handelspolitische und Zolltariffrage, wie sie bei uns erledigt wurde, wirklich eine Lösung großer principieller Gegensätze bedeutet hätte. Das ist aber nicht der Fall, denn Deutschland wandelt weder auf dem Pfade zum Paradiese der Freihändler noch zum Eden der Prohibitionisten, sondern eine Art Mittelweg. Dieser Pfad ist betreten und vorläufig kann man von ihm nicht mehr herunter, er mag führen, wohin er will. Ob wir uns nun auf dem richtigen Wege befinden oder nicht, das ist eine Doctorfrage, welche zur Zeit unser politisches Leben gar nichts angeht. Niemand kann sagen, ob Freihandel oder Schutzzoll, directe oder indirecte Steuern, Miliz oder stehendes Heer an und für sich etwas „besseres“ sind, es kommt vielmehr stets auf die Umstände an.

Es sei nun in allen diesen großen Fragen eine naturgemäße ruhige Abklärung vollziehen kann, welche uns eine starke constitutionelle politische Partei schaffen könnte, ist die Militärfrage wieder störend in das ruhige nationale Leben geschleudert worden. Sie ist zugleich eine ökonomische und hochpolitische Frage und wird darum leicht zeretzend wirken. Wer der innigen Ueberzeugung ist, daß sie eine zu große materielle Belastung des Volkes verlangt, geräth in Gefahr, für unpatriotisch erklärt zu werden, obwohl der höchste Patriotismus vielleicht gerade darin liegt, die Leistungsfähigkeit der nationalen Wehrkraft deshalb nicht auf die Spitze zu treiben, weil dadurch im Augenblick der Gefahr eine größere Leistungsfähigkeit zu erzielen ist, als wenn die volle Kraft des Volkes bereits erschöpft ist. Diejenigen Politiker aber, welche der neuen Belastung zustimmen, werden vielleicht in einen Gegensatz zu ihren Wählern kommen, welche die wirtschaftliche Bedrückung durch die neue Armeevorlage mißbilligen, vor Allem auch deshalb, weil schließlich doch einmal auf dem Wege, der den Militarismus immer umfassender gestaltet, Halt gemacht werden muß.

Eine Unzahl kleinerer Fragen, welche das Interesse des Tages beanspruchen, lassen sich hier nicht in einen Rahmen spannen, selbst wenn wir die Judenfrage nie als eine ernste Frage betrachtet haben. Die neuesten Ereignisse zeigen, daß wir auch in großen ungelösten Fragen mitten drin stehen, vor Allem in der Frage des Culturlebens und auch in der unter der Asche eines drakonischen Gesetzes fortglühenden socialen Frage. Man denke ferner an die Verstaatlichungsfrage der Eisenbahnen und der großen Gewerbe, an den mächtigen Einfluß der finanziellen Frage, welche uns die Gefahr zeigt, daß die preussischen Staatspapiere zum internationalen Spielzeug der Börsen werden, an die Nothstands-, Arbeiter- und Lohnfragen, an die Schule, an die Industrie, an den Wucher und an das Börsenspiel, an die neuerdings wieder auftauchende Währungsfrage, an Wald und Feld und die überall hervorsprossende Holzstaats- oder Rechtsstaatsfrage, an die Klagen über die neue Justizorganisation u. s. w. — — welch' reicher Himmel, Stern bei Stern, aber auch, wenn wir auf die Segensätze blicken, welch' weite Hölle, welche bangen Zweifel, welche Unruhe der Gemüther!

Fast scheint es, als ob die deutschen Tagesfragen die Sonne unserer ruhigen Entwicklung zu verbüßern anfangen. Jeder Tag bringt neue Wolken und das Wetterglas kündigt Sturm; es herrscht eine drückende Schwüle und die Wetter leuchten. Zwar reinigen alle Gewitter die Luft, aber besser ist es, wenn sie vorüberziehen.

Breslau, 12. Februar.

Der Reichstag wurde heute Nachmittags 2 Uhr programmäßig durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Grafen von Stolberg-Wernigerode, eröffnet. Die Thronrede, welche wir bereits im Abendblatte mitgeteilt haben, ist außerordentlich friedlich, auch in dem Theile, welcher von der Militärvorlage handelt. Die Politik Sr. Majestät des Kaisers bleibt eine friedliche und erhaltende. Zur Motivirung der Militärvorlage beruft sich die Thronrede bloß auf die Rüstungen der Nachbarstaaten. Sonst bietet die Thronrede im Allgemeinen nichts Neues und Ueberraschendes. Die angekündigten Vorlagen über die gesetzliche Feststellung des Reichshaushalts-Stats auf einen Zeitraum von je zwei Jahren, sowie Verlängerung der Zeit für die Gültigkeit des Socialisten-Gesetzes waren schon bekannt.

Ob der Reichstag bereits beschlußfähig ist, darüber ist noch nichts telegraphirt; das erste Geschäft des Reichstages wird natürlich die Präsidentenwahl sein; der Ausfall derselben wird bereits den Lauf der Debatten und die Stellung der Parteien zu den Vorlagen zeigen. Die conservative Partei ist die herrschende, und die Physiognomie des Reichstages wird entweder conservativ-ultramontan oder conservativ-nationalliberal sein. Ueber die Präsidentenwahl haben bereits lebhaftere Verhandlungen stattgefunden. Wie verlautet, hat Graf Arnim-Boitzenburg vielfache Bedenken, die auch in seiner persönlichen Stellung zum Reichskanzler liegen, betreffs der Annahme der Wahl zum Präsidenten geäußert; jedoch ist ein definitiv ablehnender Beschluß seinerseits noch nicht erfolgt. Sollte Graf Arnim auf diese Wahl verzichten, so würden die Conservativen den Abg. v. Helldorff-Debra zum ersten Präsidenten in Vorschlag bringen, welcher dem Centrum ein weit genehmerer Candidat als Graf Arnim ist. Für diesen Fall würde die zweite Vicepräsidentenstelle einem Mitgliede der deutschen Reichspartei zufallen, sobald dieselbe oder deren Mehrheit wenigstens die Coalition mit den Conservativen und dem Centrum eingeht. Die Candidatur Helldorff dürfte jedoch die Chancen einer eventuellen Wahl Bennigsen's vermehren. Es werden seitens des Centrums und der Conservativen die lebhaftesten Anstrengungen gemacht, um unter allen Umständen Bennigsen's Wahl zu verhindern.

In Oesterreich bleibt die Lage ungeskärkt. Die Completionirung des Cabinets, fñhrt das officidse „Fremdenblatt“ aus, sei unter den gegenwärtigen eigenartigen Parteiverhältnissen im Parlament eine äußerst schwer zu lösende Aufgabe, und Graf Taaffe, der an dem Coalitionsgebanden festhalte, wolle durch eine Completionirung des Cabinets nicht die Schwierigkeiten der Lage vermehren. Diejenigen, welche die Portefeuilles bereits an neue Männer vergebem haben oder vergebem wollen, mögen sich daher mit Geduld rñsten. Es scheint nach diesen Ausführungen, daß wñhrend der letzten fñnf bis sechs Wochen der Session eine Verñnderung im Cabinet nicht zu gewñrtigen sei. Allein wenn dies auch jetzt die Intention des Grafen Taaffe ist, so lñsst sich schwer behaupten, daß er einem dritten Versuche der Fñderalistem nach Eroberung einiger Portefeuilles unbedingte zu widerstehen im Stande sein werde. Die Grundsteuer-Nobelle hat zwar eine momentane Cessionirung der Reiben bei der Rechten herbeigefñhrt; es bleibt aber doch fraglich, ob sich dieselben nicht noch zu einer Action gegen die Landverpñltirung

des Grafen Taaffe zusammenfinden. Ueber die interessante Debatte und Abstimmung bei der erwähnten Frage verbreitet sich unsere Wiener Correspondenz.

Graf Taaffe hat die Deputation der deutsch-böhmischen Reichsraths- und Landtags-Abgeordneten, ehe dieselbe sich zur Audienz beim Kaiser begab, empfangen und mit den Mitgliedern über den Inhalt des Gegen-Memorandums durch längere Zeit conferirt.

Die der „Politik“ aus Wien mitgetheilt wird, wurde dem böhmischen Episkopat von Rom aus unter voller Anerkennung des Eifers, welchen derselbe zur Reform der Schulgesetzgebung betätigt habe, der Wunsch nahegelegt, daß er unter den gegebenen Umständen die Dinge nicht auf die Spitze treiben und sich mit jeder Abschlagszahlung auf seine Forderungen vorläufig begnügen möge.

Morgen, Freitag, wird die österreichische Delegation über die Rantien der ungarischen Berathen und übermorgen wird die gemeinsame Verhandlung der von beiden bestellten Sieben-Commissionen zur Ausgleichung der noch ungelösten Differenzen stattfinden.

Die gegenwärtig unterbrochenen Verhandlungen über die Angelegenheit der serbischen Eisenbahnen werden am 20. d. Mts. wieder aufgenommen werden. Wiener Berichte über den bisherigen Verlauf der Negotiationen und über das Stadium, in welchem dieselben sich gegenwärtig befinden, klingen nicht sehr hoffnungsvoll.

Jrgend ein Mißverständnis hat die Version erzeugt, daß Montenegro als Compensation für die Gebiete von Gusinje und Plawa außer der Rußi-Kraina noch ein Gebiet am Lim erhalten soll, und daß Baron Haymerle diesem Gebietsaufgabe bereits seine Zustimmung gegeben hat. Man war dann rasch mit der Combination zur Hand, daß gerade jenes Stück des Sandſchats von Novibazar als Compensations-Object auszuweisen sei, durch welches die angeblich vom Grafen Andrássy geplante Vintſhal-Bahn von Serajewo nach Mitrovice geführt werden soll. Die ganze Argumentation ist jedoch hinfällig, da es sich keineswegs um einen Gebietsheil am Lim, sondern am Sem handelt, der mit dem District von Novibazar in gar keinem Zusammenhange steht. Uebrigens wäre es nicht eben rätlich für Oesterreich, den Montenegrinern Theile des Sandſchats von Novibazar einzuräumen.

Am 4. d. fand, wie bereits erwähnt, im Palais von Jildiz (Konstantinopel) ein Diner statt, das man füglich ein Besöhnungsmahl nennen könnte. Der englische Botschafter Sir H. Layard und seine Gemahlin waren die Gäste des Sultans und nach den peinlichen, durch die Babel-Affaire verursachten Zwischenfällen durfte man mit Recht über die Anwesenheit des Genannten im Palais des Sultans erstaunt sein. Die Politik des gegenwärtigen Sultans bestand stets darin, sich in geschickter Weise und im rechten Momente auf die Seite derjenigen Macht zu neigen, von welcher er etwas zu befürchten oder zu gewinnen hatte. Die Beziehungen zu England waren in der letzten Zeit in gefährlicher Weise gespannt und ein Bruch stand ernstlich zu befürchten. Da fand es denn Abdul Hamid für angezeigt, den Botschafter zu beruhigen und zu beschwichtigen.

In Rußland zeigen die Regierungs-Organe jezt mehr Eifer und Geschick in der Verfolgung der Nihilisten, als bisher. Wie gestern telegraphisch gemeldet worden, ist es abermals gelungen, eine Geheimdruckerie zu entdecken, aus welcher eine revolutionäre Zeitung hervorging. Möglicherweise, daß es auf diesem Wege gelänge, der gefährlichen Agitation Herr zu werden, doch scheint es vorzeitig, schon jezt diese Hoffnung auszusprechen.

In Italien wird sich der erwartete Senatorenſchub auf die Ergänzung der durch den Tod in den Reihen der hohen Körperschaft während der drei letzten Jahre gerissenen Lücken beschränken. Die Namen der neu ernannten Senatoren werden erst kurz vor Eröffnung der neuen Parlaments-Session am 17. Februar veröffentlicht werden.

In den freisinnigen Kreisen Italiens glaubt man nach der Versicherung einer Römischen Correspondenz der „H. N.“ nicht an die von deutschen Blättern verbreitete Nachricht, daß der Kronprinz von Deutschland dem

Papste in Rom einen Besuch abstatten werde, selbst nicht, wenn eine Vereinbarung zur Beilegung des Kirchenzwistes zu Stande gekommen wäre. Der Botschafter von Reubell ist — so sagt die vom 7. d. Mts. datirte Correspondenz — heute nach Regli abgereist, um dem Kronprinzen seine Ehrfurcht zu bezeugen, und wird ihm wahrscheinlich Vortrag darüber halten, zu welchen Concessionen der Vatican geneigt ist. Da auch französische Journale der Reise Se. I. H. Hoheit nach Italien politische Beweggründe unterſchieben und da namentlich die „France“ dieselbe für den Beweis ausbeutet hat, es sei für Italien erniedrigend, sich der deutsch-österreichischen Allianz anzuschließen, denn es werde dadurch in eine schmachvolle Abhängigkeit gerathen, so hat sich die „Riforma“ veranlaßt gesehen, darauf zu antworten und auszuführen, die Vortheile, welche für Italien von der Freundschaft Frankreichs zu erwarten seien, müßten bezweifelt werden. Das genannte Blatt fährt dabei namentlich Folgendes näher aus:

In Frankreich und in anderen Staaten steige und falle das Ansehen Italiens wie das Quecksilber im Barometer je nach den Zeitumständen. Italien würde bei politischen Combinationen häufig als Contrepointe benutzt; daran seien indeß die Männer schuld, welche es regiert und noch regierten, weil sie alle sich kein richtiges Ansehen zu verschaffen gewußt hätten. Die „France“ spreche von einer erniedrigenden Protection Deutschlands, man wisse aber durch die Regierung der Gemäßigten, daß es gerade Frankreich gewesen, welches Italien als seine Schutzbehlsene, als seine ihm dienbare und unterthänige Magd betrachtet, während Deutschland niemals sich aufgedrungen habe, über das Schicksal Italiens zu entscheiden. Deutschland und Italien hätten sich gegenseitige Dienste geleistet, das Bündniß mit Deutschland hätte sich sehr nützlich erwiesen, man habe es aber nicht verstanden, daraus noch mehr Nutzen zu ziehen. Deutschland habe Italien stets freie Action gelassen und nie solche unerhörte Bemerkungen und Einwendungen gegen Italien gemacht, wie dies andere Mächte gethan. Es sei auch kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß die deutsche Regierung künftig eine andere Haltung beobachten werde, und es sei derselben sogar nützlich, wenn Italien stark und geachtet dastünde. Andererseits wäre es sehr zweifelhaft, ob Frankreich wirklich überzeugt sei, daß es Vortheile davon habe, wenn es sich um die Freundschaft Italiens bemühe, Beweise davon lägen nicht vor, aber ebenso wenig Beweise vom Gegentheil.

In Frankreich wird die reactionäre Presse nicht müde, ihr Publikum gegen Deutschland zu heizen. „Eclair“ und „Gaulois“, die vom „New-Yorker Herald“ secundirt werden, publiciren einen angeblichen machiavellistischen Plan Bismarcks, einen anti-demokratischen Congress einzuberufen, durch welchen die französische Republik entweder zur conservativen Umkehr gezwungen oder in Europa isolirt werden sollte. Mit vollem Recht bemerkt dazu die „N. Fr. Pr.“: „Selbst wenn man den Namen des Urheberers dieser Enthüllung nicht wüßte — es ist der aus dem letzten Kriege bekannte Aufschneider Ivan de Woestyne — so würde man außer Paris in aller Welt auf den ersten Blick sehen, daß man es mit einer plumpen Erfindung zu thun hat. Die republikanischen Organe gehen indeß mit ihren Schmerzensschreien den Reactionären in die Falle.“

Einen großen Verlust hat Frankreich durch den bereits gemeldeten Tod Adolphe Crémieux' erlitten.

Adolphe Crémieux, am 30. April 1796 geboren, trat frühzeitig in die Advocatenlaufbahn ein. Nachdem er im Jahre 1830 von Nîmes nach Paris übergesiedelt war, wurde er zuerst im Jahre 1842 in die Kammer gewählt, wofür er sich der Linken angeschlossen und unter Anderen den Antrag, das Ministerium Guizot in Auflöſungszustand zu versetzen, mitunterzeichnete. Am 24. Februar 1848 begünstigte Crémieux die Flucht Louis Philipp's und gehörte dann als Justizminister der provisorischen Regierung an. Er trat jezt bald von diesem Posten zurück, als der Antrag, Louis Blanc gerichtlich zu verfolgen, eingebracht wurde. Nachdem er dann zunächst die Candidatur Louis Napoleon's für die Präsidentschaft der Republik begünstigt hatte, gehörte er nach der am 10. December 1848 erfolgten Wahl desselben zu den beständigen Gegnern des Präsidenten. Er wurde denn auch nach dem Staatsstreich verhaftet und drei Wochen hindurch in Mazas gefangen gehalten. Hierauf beſchränkte er sich nur noch auf die Advocatenpraxis, bis ihn der Sturz des Kaiserreichs am 4. September 1870 wieder auf die politische Schaubühne rief. Er übernahm wieder das Justizministerium und wurde noch vor der Einschließung von Paris nach Tours zur Leitung der Verwaltung der nicht vom Feinde besetzten Provinzen geschickt. Crémieux

war Begründer und Vorstandsmitglied der Alliance Israélite universelle und warmer Anhänger der allgemeinen Friedensliga. Besonders groß sind seine Verdienste um die Erlangung der Gleichberechtigung des Judenthums, und zwar nicht nur in Frankreich.

Das englische Unterhaus hat unter Ablehnung des irländischen Amendements die Adresse genehmigt. Abgegeben von dem irländischen Zwischenfall sind es die asiatischen Angelegenheiten, welche die ganze Aufmerksamkeit des Parlamentes und der öffentlichen Meinung Englands in Anspruch nehmen. Ueber die Frage, ob England Persien seiner Verpflichtungen entzogen habe, ſerath nicht zu beſehen, hat die Regierung in beiden Häusern des Parlamentes nur ausweichende Antworten gegeben. Die beiden dem Parlamente vorgelegten Blaubücher würden bedeutend an Interesse gewonnen haben, wenn die Regierung nicht aus Rücksicht auf das Verhältniß zu Rußland von der Veröffentlichung des im Archiv des Emirs Schir Ali gefundenen russisch-afghanischen Schriftwechsels abgesehen wäre. Jezt ſucht die englische Regierung, wie aus der Erklärung des Unterstaatsſecretärs Stanhope hervorgeht, jede Reibung mit Rußland zu vermeiden.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Febr. (Abendſitzung).

8 Uhr. Die Verathung des Cultusſatzes wird fortgesetzt.
Abg. Löwe (Berlin): Wenn ich auch gewünscht hätte, daß die Abg. ſich namentlich in finanzieller Beziehung mehr für die geſchliche Regelung des Volksschulwesens gethan hätte, so werde ich doch auch heute für die Position stimmen, weil das Volksschulwesen in seiner jetzigen Beſtalt wegen seiner culturhistorischen Entwicklung allen reactionären Bestrebungen widerſtehen wird. Ein Prototyp in dieser Beziehung ist das weiße geleitete Berliner Volksschulwesen. Dabei ſind alle conſeſſionellen Unterſchiede zurückgetreten, in der Schulkommision ſind alle Bekenntnisse vertreten. Dieses Collegium wirkt in vollſtändiger Harmonie, niemals hat es ein Einſchreiten der Aufſichtsbehörde veranlaßt. Wir verdanken diesen Zustand dem Umſtande, daß keine Richtung diesen Frieden geſtört hat. Nur diejenige Richtung ist bei diesem positiven Schaffen nicht vertreten, welche lebhaft durch eine abſchlägliche Kritik diese schöne Harmonie zu ſtören ſich die Aufgabe geſtellt hat. Erklärlich ist deshalb die Erregung unserer Bürgerſchaft darüber, daß eine Geſellſchaft von Männern, die Auguſtconferenz der Pastoren, ohne Kenntniß der Verhältnisse es gewagt hat, die Wahrheit auf den Kopf zu ſtellen, indem sie in der bekannten Weiſe das Berliner Volksschulwesen charakteriſirte. Unsere Pflicht als Vertreter dieser Stadt war, dieser Entſtand öffentlich Ausdruck zu geben auch in den Berliner Wählerverſammlungen. Dieser Pflicht habe ich und der Abg. Straßmann genügt. Das hat neutral der Abg. Stöder zum Gegenſtande ſeiner Kritik gemacht. Ich habe in der von demſelben citirten Verſammlung geſagt, daß, wenn der Epikurismus im Cultusministerium die Richtung der Auguſtconferenz einschlagen ſollte, dann unsere Volksschulen Stätten der Verdrummung werden würden. Glücklichweise ist diese Vorausſetzung nicht eingetroffen. Der Abg. Stöder hat in unseren Ausführungen nicht die Pflichterfüllung der Volkstreuer gesehen, ſondern nur unseren Glauben als Jſraeliten hervorgehoben. Ich weise die Behauptung zurück, daß die Juden eine andere Nation ſeien, als die deutsche. Sie ſind auf demſelben Boden geboren, haben für Deutschland ihre Ehre geblutet. Deshalb ist ihr Recht, als deutsche Bürger angeſehen zu werden. Niemand darf unter dem Vorwande, für das Chriſtentum einzutreten, die Juden angreifen. In allen Religionsbekenntnissen giebt es ſchlechte Elemente, ſie zu beſſern, ſei unſer aller Aufgabe. (Beifall links.)

Abg. Stöder: Ich konſtate, daß jedesmal, wo die Judenfrage durch mich in die Deſenſivität gekommen iſt, dies nicht zum Angriff ſondern zum Abwehr geſehen iſt. (Widerſpruch links.) Wenn man ein gerechtes chriſtliches Syſtem ſo charakteriſirt wie Löwe, und wenn man die Brandſchädel der Trientart unter die Evangeliſchen wirft wie Straßmann, darf man nicht friedlich nennen. Ich habe diese wichtige Frage aus der Bankerei und anſtändigen Diſcuſſion erhoben; das haben auch die Juden anerkannt. Lügenhafte Zeitungen haben eine Judenbeſe daraus gemacht; ich habe keine Religionsfrage und keine Racenfrage daraus gemacht. Alle Jſraeliten kämpfen Semiten und Arier, erſt Punier und Römer, dann Chriſtentum und Jſlam. Nach ſchweren Kämpfen haben die Indogermanen geſiegt. Unſer heutiges Judentum kämpft wieder gegen die Grundlagen unſerer Cultur. Das iſt eine ethiſche Frage. Ich habe beſtätigt das jüdiſche Geſchick, das jüdiſche Capital, den jüdiſchen Wucher, das jüdiſche Literatenthum. Beträgt ſich die Minorität beſcheiden, dann verdient ſie Duldung und Schonung. Diese Beſcheidenheit haben Löwe und Straßmann nicht gezeigt. Der Abg. Löwe

Zur Vorgeschichte von Goethe's Hermann und Dorothea.*)

Von Ludolf Parisius.

Die bairische Abgeordnetenkammer hat am 13. Januar 1880 ſich mit Goethe's Hermann und Dorothea beſchäftigt. Der clericale Abgeordnete Freytag, Reichstagsvertreter für Augsburg, beſchwerte ſich über die „zu überſpannte Bildung“ der Volksschullehrer in den Lehr-Seminarien. Ein Lehrer habe ſogar Nathan den Weiſen als Theſe aufgegeben und über dieſes gottloſe Schauſpiel, welches leider auch auf der Poſtbühne zu München aufgeführt werde, die entſprechende Aeußerung gethan: „Im Nathan iſt die wahre Toleranz darſtellt.“ — Ein Deutiſcher, der Leſſing und ſeinen Nathan verachtet, wird auch von Ullmeiſter Goethe nichts halten. Kein Wunder alſo, daß dieſelbe Abg. Freytag als Beweis der überſpannten Lehrerbildung anführte: es ſei den Seminaristen die Theſe aufgegeben: „Vorgeschichte des Gedichtes Hermann und Dorothea von Goethe.“

Dem Abgeordneten Freytag trat der liberale Abgeordnete Strauß entgegen. Er lobte es, daß ſich ein Oberlehrer am Seminar mit Hermann und Dorothea, dieser Perle deutscher Dichtung, beſchäftigte. Daran ſchloß er die Bemerkung: er wolle ſich über die Vorgeschichte des Gedichtes nicht weiter auslaſſen, um auf der Rechten keine unlieben Erinnerungen wachzurufen; es verdanke ſeinen Uſprung der Vertreibung der Proteſtanten aus Frankreich. „Nein!“ erwiderte nun Herr Freytag, „Hermann und Dorothea hat ſeine Vorgeschichte in der franzöſiſchen Revolution und der Vertreibung der Eſſäſſer. Der Abgeordnete Strauß kann alſo ſelbſt jene Theſe nicht beantworten!“ Darob große Heiterkeit der Herren Clericalen.

Wer von beiden Abgeordneten hat Recht? — Hermann und Dorothea spielt zur Zeit der franzöſiſchen Revolution; der Ort der Handlung iſt ein Landſtädtchen dieſſeits des Rheines und unweit deſſelben, etwa an der Bergſtraße. Die Vertriebenen ſind Pfälzer oder Eſſäſſer, die vor den Franzoſen fliehen, weil ſie im Kriege die Partei der Deutiſchen ergriffen haben. Aber darum hat Herr Freytag doch Unrecht. Die „Vorgeschichte“, der Vorgang, die Erzählung, welche dem herrlichen Gedichte Goethe's zu Grunde liegt, den Stoff, den er umwandelte, hat nichts mit der franzöſiſchen Revolution zu thun, ſondern knüpft an Begebenheiten an, die allerdings bei Ultramontanen unliebsame Erinnerungen erwecken könnten. Es handelt ſich um eine alte Erzählung, die bei Vertreibung von Proteſtanten aus einem katholiſchen Lande paſſirt iſt, inſoweit war der Abg. Strauß im Recht, nur daß die Proteſtanten nicht aus Frankreich, ſondern aus dem Erzbiſthum Salzburg — deutsche Proteſtanten von deutschen Katholiſten — vertrieben waren.

Die Emigration von mehr als 20,000 proteſtantiſchen Salzburger nach Preußen bildet ein glänzendes Blatt in der Geſchichte Preußens und ſeiner Könige. Schon der große Kurfürſt hatte ſich 1686 der proteſtantiſchen Salzburger nach Kräften und mit Erfolg gegen den Fanatismus ihres geiſtlichen Landesherren angenommen. Da verſuchte es der Erzbiſchof Leopold Anton Freiherr von Firmian, der 1727 den erbiſchöflichen Thron beſtieg, wieder einmal „mit Schärfe und Gewalt, um das heimliche Gift aus ſeinem Lande zu entfernen. Miſſionaire und bairiſche Jeſuiten waren ſeine Werk-

zeuge.“ Der Gewalt ſetzte der Bauernzorn bald paſſiven Widerſtand entgegen. Die Dragoner des Prinzen Eugen wurden als Einquartierung in die Häuser der „Rebellen“ gelegt und zahlreiche Verhaftungen fanden ſtatt. Aber die Bauern der Gebirgsgegend nördlich der hohen Tauern ließen nicht von ihrem Glauben. Die geiſtliche Regierung beſchloß, alle Evangeliſchen des Landes zu verweiſen. Ein „Emigrations-Patent“ gebot die Auswanderung. Die proteſtantiſchen Salzburger hofften auf die evangeliſchen Fürſten Deutschlands, ihre Sendboten kamen nach Regensburg, von da wanderten ſie weiter nach Berlin. Friedrich Wilhelm I., des großen Friedrich's Vater, gab ihnen den Beſcheid, er wolle ſich ihrer annehmen, und, „wenn auch gleich etliche Tauſend in ſein Land kommen würden, ſo würde er ſie alle aufnehmen, ihnen aus höchſter Gnade, Liebe und Erbarmung Haus und Hof, Acker und Wiefen geben und ihnen als ſeinen eigenen Unterthanen begeben.“

Und er hielt Wort. Während die evangeliſchen Stände in Regensburg declamirten und proteſtirten, handelte der König. Er erließ ſein berühmtes Patent vom 2. Februar 1732, ſendete ſeine Commiſſarien aus, welche die Emigranten auf preußiſche Koſten (für einen Mann vier Groſchen = 15 Kreuzer, für eine Frau oder Magd drei Groſchen = 11 Kr. 1 Pf. und für ein Kind zwei Groſchen = 7 1/2 Kr. täglich) durch Deutschland geleiteten. Der König hatte auf 5000 gerechnet; aber er murrte nicht, als es ſchließlich 20,694 Salzburger waren, die ſeine Commiſſarien von Mai bis October 1732 in das preußiſche Gebiet brachten. Das von der Peſt entvölkerte Lithauen verdankt vornehmlich den Salzburger ſein Wieder-aufblühen.

Die Erzählung aber, welcher Goethe den Stoff zu ſeinem herrlichen Gedichte entlehnte, findet ſich unter Anderem in einem Buche mit folgendem weltweiſſigen Titelblatt: „Ausführliche Hiſtorie derer Emigranten oder vertriebenen Luthrer aus dem Erzbiſthum Salzburg, 2ter Theil, worunter man findet I Eine geographiſche Beſchreibung neſt einer accuraten Landkarte von Preußen, und vornehmlich der Gegend, wo ſich dieſelben niederlaſſen. II Eine hiſtoriſche Erzählung von dieſem Königreiche, und was es vor Veränderungen in Geiſt- und Weltlichem iſt unterworfen worden. III Eine gründliche Nachricht von denen Ungeſeſſenen, wie auch inbeſondere von denen Angeſeſſenen, die ſich dafin begeben, und wie ſie auf ihrer Reiſe ſein aufgenommen worden. IV Eine ordentliche Ausführung, was man ſich in Wien und Regensburg dieſer Leute wegen vor Mäße gegeben hat. Neſt einer Vorrede von den Wunderwerken dieſer Salzburger Emigration. Alles aus glaubwürdigen Hiſtorienſchreibern, denen zu Regensburg gedruckten Acten und ganz beſonderen Nachrichten zuſammenggetragen, auch aus natürlichen und bürgerlichen Rechten mit Fleiß erläutert. Leipzig 1732, zu finden in Täuſner's Buchladen.“

In dieſem Buch iſt Seite 53 wörtlich zu leſen: „Noch ein Exempel muß ich anführen, was zu Ullmühl in dem Dettingiſchen vorgegangen iſt und das die Emigranten zu Gera erzählt haben. Ein ſeiner und vermögender Bürger daſelbſt hatte einen Sohn, welchen er oftmals vermahnet zu heirathen, aber ihn niemals dazu bewegen können. Als die Emigranten durch dieſes Städtchen reiſen, ſiehet er

unter ihnen eine Perſon, die ihm von Herzen wohlgefällt. Dannenhero faſſet er den Schluß bei ſich, dieſelbe zu heirathen, wo es angehen wolle. Aus der Abſicht erkundiget er ſich bei denen übrigen, wie ihre Familie und Aufzucht beſchaffen ſei. Dieſe berichten ihm, daß ſie von redlichen Eltern geboren wäre und ſich allezt wohl verhalten hätte. Um der Religion willen aber wäre ſie von demſelben geſchieden, und hätte ſie zurück geſaſſen. Hierauf gehet er zu ſeinem Vater und vermeldet ihm, daß er nunmehr ſeinen Vermählungen folgen und ſich in den Eheſtand begeben wolle. Er habe ſich eine Perſon erleiſen, die ſeinen Augen geſalle, wenn er ihm erlauben wolle, dieſelbe zur Ehe zu nehmen. Der Vater verlangt zu wiſſen, wer ſie ſei und wie ſie heiße. Er erzählt ihm, es ſei eine Salzburgerin, und wo er ihm dieſe nicht geben werde, wolle er niemals heirathen. Hierüber erſchrückt der Vater und bemühet ſich ihm ſolches auszureden. Er läßt derowegen auch einige von ſeinen Freunden und einen Prediger rufen. Alle wenden allen Fleiß an, den Sohn auf andere Gedanken zu bringen. Aber Alles war vergeblich. Daher der Prieſter endlich meint, es könne Gott ſeine ſonderbare Fügung dabei haben, daß es ſowohl dem Sohne, als der Emigrantin zum Beſten gereiche. Hierauf geben alle ihre Einwilligung dazu und ſtellen es dem Sohn in ſeinen Geſallen. Dieſer gehet ſogleich zu ſeiner Salzburgerin und fragt ſie, wie es ihr hier im Lande geſalle? Sie antwortet: Herr, ganz wohl. Er verſetzt weiter: Ob ſie wohl bei ſeinem Vater dienen wollte? Sie ſagt: Gar gern, wenn er ſie annehmen wolle, gebente ſie ihm treu und fleißig zu dienen. Hierauf erzählt ſie ihm alle ihre Künſte, daß ſie das Vieh füttern, die Kühe melken, das Feld beſäen, Heu machen und andere Hausarbeit verrichten könne. Er nimmt ſie alſo mit ſich und ſtellt ſie vor ſeinen Vater. Dieſer fragt das Mädchen, ob ihr denn ſein Sohn geſalle und ſie ihn heirathen wolle? Weil ſie nun nichts von der Sache wußte, ſo meinte ſie, man ſollte ſie zu verieren. Drum ſagte ſie: Ei man ſolle ſie nur nicht ſoppen; der Sohn hätte für ſeinen Vater eine Magd verlangt, und wenn er ſie haben wolle, werde ſie ihm treu dienen und ihr Brot wohl erwerben. Doch der Vater beharrt darauf und der Sohn zeigt auch nach ihr ſein ernſtliches Verlangen. Hierauf erklärt ſie ſich alſo: Wenn es denn erſt ſein ſoll, ſo bin ich es gar wohl zufrieden und will ihn halten, wie mein Auge im Kopfe. Der Sohn reicht ihr darauf ein Eheſtück, damit ſie ſein rechtliches Bezeugen daraus erſehen möge. Sie aber ſagte ihm: Sie müſſe ihm doch wohl auch einen Maßſchlag geben. Unterdeſſen greift ſie in den Buſen und überreicht ihm ein Beutelchen, in welchem ſich 200 Stück Dutaten befanden.“

Jaſt wörtlich gleichlautend wird die Geſchichte erzählt in dem 1732 und 1733 in Joh. Paul Rottger's Verlage zu Frankfurt und Leipzig erſchienenen Sammelwerk Joh. Jakob Moſer's. Daſelbſt im 11. Stück iſt als erſte Nummer abgedruckt „Das liebthätige Gera gegen die Salzburger Emigranten, Das iſt kurze und wahrhaftige Erzählung, wie dieſelben in der Erſtlich Neu-Pfäuliſchen Reſidenzſtadt Gera angekommen, aufgenommen und verſorget, auch was an und von vielen derſelben Gutes geſehen und gehöret worden; mit eilfertiger Feder entworfen.“

Aber noch eine dritte gedruckte zeitgenöſſiſche Darſtellung hat es gegeben. Vor mir liegt eine auch in der Gegenwart leſenswerthe

*) Nachdruck verboten.

*) Dr. Beheim-Schwarzbach: Friedrich Wilhelm I. Colonisationswerk in Lithauen, vornehmlich die Salzburger Colonie. (Königsberg 1879.)

hat die Weisheit der Berliner Schulleitung gelobt. Sie hätte aber unser evangelisches Schulwesen nicht simultanistiren sollen, ehe die Berliner Juden ihre Schule simultanistirt haben. Viel ist für die Berliner Schulen geschehen, aber das Böhmische Lesebuch ist dort eingeführt. Der Verfasser hat erklärt, das Christenthum dürfe in den Schulen nicht confessionell gelehrt werden. Diesem Grundsatz entspricht das Buch. Drei Lieder darin sind von Rudolf Löwenstein, dem Redacteur des „Klabberadach“ (Heiterkeit.) Vier solcher Lieder sind vom Chefredacteur der „Bösischen Zeitung“. Als vaterländischer Dichter ohne Probe, nur durch das Gewicht seines Namens, wird Rudolf Löwenstein aufgezählt. Dieses mag das Berliner Schulcollegium beraten. Das biblische Geschichtsbuch des Berliner Stadtschulraths Vertram hat willkürlich die Weisungen des Alten Testaments auf Christus verändert. Statt „Samen“ steht immer „Nachkommen“. Mit den Nachkommen Abrahams, Isaaks und Jacobs sollen alle Völker gesegnet werden. Das ist doch zweifelhaft. In den Berliner Volksschulen werden die Realien zu stark gelehrt. In den unteren Stufen wird schon Zeichen zc. gelehrt. Dagegen wird der Geschichtsunterricht vernachlässigt. Der Religionsunterricht wird nicht gehörig gepflegt. Gestern wurde in meinem Conferenzunterricht kein Kind die Geschichte von der Krankheit und Genesung des Königs Hiskias (Große Heiterkeit.) Statt dessen lernen die Kinder die Lebensbilder von Berder, Lessing, Schiller und Goethe. Der Verein Berliner Buchdrucker besitzt eine Lehrlingsfachschule. Dieser Verein constatirt die mangelhafte Vorbildung der Lehrlinge in den Schulen. Auf dem Lande ist es nicht anders. Kein Kind kann dort einen fehlerfreien Brief schreiben. Grimm hat gesagt, die Milch der Frömmigkeit ist die Hauptnahrung in der Volksschule, ihre man nicht fremde Substanzen hinzu. Es ist nicht richtig, wenn der Abg. Seyffarth die allgemeinen Bestimmungen mit Pestalozzi identificirt. Diese Bestimmungen haben einen inneren organischen Fehler. Die Regulative sind ein enger Kreis mit dem festen Mittelpunkt Religion. An Stelle dessen ist eine Ellipse mit zwei Brennpunkten getreten. Je flacher eine Ellipse ist, desto excentrischer ist sie. Nichts schadet einer sittlichen Erziehung mehr als eine unklare Erkenntnis der Religion, diese wird aber herbeigeführt durch die Beschränkung der Religionsstunden. Es giebt keinen bloßen Gott der Liebe, sondern auch einen Gott des Gerichtes, der nicht bloß Menschen, sondern auch Bösen und Weltanschauungen richtet. Er hat auch den modernen Liberalismus gerichtet. (Heiterkeit.) In Erfeld hat die Simultanisirung zur Aufhebung des Gebets beim Beginne der Schulstunden geführt und den confessionellen Frieden gestört. Die confessionelle Schule erzieht ebenso patriotische Staatsbürger, wie die Simultanische. Schon Alexander von Humboldt hat gesagt, es fehle unserer Zeit an Charakteren. Es ist deshalb nicht angezeigt, den Schullehrern für Wahlwede zu schmeicheln, sie Bundesgenossen im Culturkampfe zu nennen! Unterrichten genügt nicht allein für die Erziehung. Pestalozzi's großes Werk ist gescheitert, weil er die Erleuchtung von Oben nicht erkannte. Lassen Sie uns das nicht vergessen. (Beifall rechts. Rufen links.)

Abg. Hänel: Ich glaube, daß die Art, wie hier die Gesetze kritisiert werden, vom Volke besser beurtheilt wird, als vom beredtesten Redner. Nie ist an den Fanatismus mehr appellirt worden, als in den letzten Debatten dieses Hauses. Diesen Anforderungen gegenüber hat die Staatsregierung zu sehr geschwiegen. Die Frage der Simultanisirung ist von ihr nicht klar gestellt, das beunruhigt das Volk sehr. Die paritätische Schule muß in Preußen und in Deutschland existiren, auch wenn Sie nie confessionell nennen. Der confessionelle Religionsunterricht muß bestehen, aber nicht confessioneller Unterricht schlechthin. Wir haben in Deutschland einen Schach von religiösen und ethischen Vorstellungen, der unabhängig ist von der Confession. Dieses Gemeinsame auszuheben ist die Hauptaufgabe der Schule. Thun Sie das nicht, so vernichten Sie die Wurzel unseres Staatswesens, Sie zersehen es. Jede Unterrichtsverwaltung, die die ethische Gemeinschaft nicht pflegt, wird von der Geschichte wie mit einem heißen Schwamm weggewischt. Der Abg. Stöder hat zunächst die wohlverdienten Angriffe wegen seiner Agitation gegen die Juden sehr schwach zurückgewiesen. Er hält seine Agitation für ein weltgeschichtliches Factum, für einen Kampf der Arier gegen die Semiten. Will er die in Deutschland geborenen Juden in Parallele bringen mit den Horden Nubienstheban? Das ist ja nicht mehr fassbar. (Große Heiterkeit.) Hinter solche Phrasen kann man sich wohl in einer Volksversammlung verziehen, aber nicht hier. Der Abgeordnete Stöder möge mir die Ethik lehren, die zwischen dem jüdischen und nichtjüdischen Wucher, Großcapital und Litteratentum unterscheidet. Er mag von seinem socialistischen Standpunkte aus diese Sachen schlechtlin bekämpfen. Die Juden deshalb allein zu beschuldigen, das ist die Verwirrung aller ethischen Begriffe. Dann verstehen wir uns überhaupt nicht mehr. Was Stöder gegen die Berliner Schulen vorgebracht hat, spricht mehr gegen seinen Geschmack, als gegen die Berliner Schulen. Herr Löwenstein ist vor-

züglicher Kinderlieberdichter, wenn er vielleicht auch das Unglück hat, Löwenstein zu heißen und Redacteur des „Klabberadach“ zu sein. Herr Kleffe ist ein anerkannter deutscher Dyrker, wenn er auch unglücklicher Weise Redacteur der „Bösischen Zeitung“ ist. Warum hat Herr Stöder diese Lieder nicht vorgelesen? Die biblische Geschichte bedarf in Rücksicht auf die Jugend einer sorgfältigen Redaction vom pädagogischen Standpunkte aus und das ist nicht Sache der Kirche, sondern des Staates. Wie viele Herren mag es denn hier geben, die die Geschichte des Hiskias kennen. (Große Heiterkeit.) Ich kenne sie nicht. Es ist besser, daß die Kinder statt dessen Schiller und Goethe kennen. Gerade die Berliner Schulen sind für die durchschnitts- weise begabten Kinder berechnet; für die begabteren ist überall eine Selecta errichtet. Herr Stöder kämpft dagegen mit gefährlichen agitatorischen Redewendungen; jeden unliebsamen Vorfall, wie sie unvermeidlich sind in einer großen Verwaltung, schiebt er der gegnerischen Richtung in die Schuhe. Wie kann der Abg. Stöder sagen: Gott hat den Liberalismus gerichtet? Ist er der Mann, der hier im Namen Gottes sprechen kann? Das ist eine Annahme. Ein solcher Standpunkt erweist in mir den Verdacht der Ueberhebung und Heuchelei! (Beifall, stürmischer Beifall links.)

Präsident von Köller ruft den Redner wegen dieser letzten Aeußerung zur Ordnung.

Minister v. Puttkamer: Der Abg. Hänel hat in dem ihm eigenen Tone der unfehlbaren Sicherheit des Urtheils und vielleicht um seinen Argumenten nachzuhelfen, in scharfem Tone getadelt, daß ich zu gewissen Angriffen auf die bestehenden Gesetze geschwiegen hätte. Ich muß mir zunächst das Recht wahren, auf das, was hier gesagt wird zu antworten und zu schweigen, wenn es mir beliebt. (Sehr gut! rechts.) Den Vorwurf der Angriffe auf bestehende Gesetze hätten preussische Minister viel öfter der Partei des Abg. Hänel machen können. Meine Erklärungen waren ihm vielleicht unangenehm, aber sie waren doch vollkommen klar. Die seitigen waren mir das nicht. Er unterscheidet confessionellen Religions-Unterricht und anderen Unterricht. Aber seine Partei ist auch über den confessionellen Religionsunterricht schon oft hinweggegangen. Confectionelle und politische Gegensätze schafft man nicht aus der Welt, man muß sie nur in einem vernünftigen Geiste hier discutiren. Zur Lösung dieses Geheimnisses hat die Rede des Abg. Hänel nichts beigetragen. (Beifall rechts.)

Die Debatte wird geschlossen und die Position wird genehmigt.

Bei Titel 23 (Elementar- und Schulaufsicht) nimmt Abg. Knörde das Wort: Der Cultusminister war so unglücklich, sich für die Nothwendigkeit des kirchlich-confessionellen Wesens auf Herrn von Kreischke zu berufen. Dieser hat sich an anderen Stellen in durchaus entgegenge- setztem, ja in vollständig unrichtigem Sinne ausgesprochen. (Redner ver- liest mehrere Stellen aus Schriften von Kreischke's.) Also Kreischke ver- dient das ihm vom Cultusminister bedachte Ehrenmal des deutschen Volkes nicht. Es ist nicht in Ordnung, daß bei Besetzung der Kreischul- inspectionen der Volkslehrerstand so wenig berücksichtigt wird. Hier muß eine andere Praxis eintreten. Bei einer geordneten Kreischulinspection ist die Localschulinspection überflüssig, weil die Localinspectionen von der Sache meist nichts verstehen. Ich habe das selbst als junger Geistlicher empfunden. Der Lehrer bedarf nach dem Ansprache dieser Wege keines besonderen Specialaufpassers. Die Localschulinspection ist ein unbegründetes Mißtrauens- votum gegen unseren Volkslehrerstand. Die Worte des Cultusministers über die sittliche Haltung unserer Lehrer sind geeignet, ihr Ansehen im Volke zu schädigen. Auch in anderen Ständen zeigen sich Uebelstände, man darf aber die Fehler Einzelner nicht dem Stande generell zur Last legen. Die Conservativen möchten dem Lehrer eine andere Stellung anweisen, als wir, sie wollen ihn zum Gefinde des gnädigen Herrn machen. Dieselben Klagen, wie heute, führte man schon früher. Man klagt unter den Kreischulinspectionen vielfach darüber, daß die im Etat für diese Zwecke aus- geworfenen Summen ihnen nicht ganz ausgedehnt werden. Unser Volks- schulwesen muß von der Kirche emancipirt werden, aber der Cultusminister nimmt in dieser Frage eine ebenso widerspruchsvolle als verhängnißschwere Stellung ein.

Cultusminister v. Puttkamer: Ich will nicht, daß nur seminairistisch gebildete Lehrer Kreischulinspectionen werden, das kann nur in Ausnahmefällen geschehen. Die Kreischulinspection ist keine Avancementsleiter für die Volkschullehrer. Denn die Localinspection muß principiell dem Geis- tlichen gehören, und den akademisch gebildeten Geistlichen kann man auch technisch nicht unter einen seminairistisch gebildeten Kreischulinspector stellen. An die Lehrer müssen wir höhere sittliche Anforderungen stellen, als an andere Stände, denn das Volk vertraut ihnen sein Heiliges, seine Kinder, an. Deshalb ist es für den jungen Lehrer gut, wenn man ihm einen geistig überlegenen väterlichen Freund in dem Localschulinspector giebt. Es ist notorisch, daß jeder geistliche Localschulinspector einen seminairistischen Uebungs- cursus durchmacht, und ein akademisch gebildeter Mann wird doch bald in die nicht gerade eleusinischen Mythen des Volkschulwesens eindringen können. (Heiterkeit.) Nur weil der Abg. Knörde die Localschulinspection

principiell bekämpft, hat er vielleicht während seines Pfarramts diese Sache verkannt.

Reg.-Comm. Geh. Rath Kaffel giebt auf die Anregung Knörde's eine kurze Darlegung der Normen, nach denen die Gehälter der Kreischulinspectionen gezahlt werden.

Abg. Holke bittet um eine Abänderung des schlesischen Schulreglements wegen der Bestrafung von Schulverräumnissen und weist einen Angriff des Abg. Stöder gegen eine schlesische Simultanschule als Lüge und Verleum- dung zurück, wird aber von einem weiteren Eingehen auf diese Angelegen- heit durch einen Ruf: zur Sache! abgehalten.

Abg. Stöder weist den Vorwurf der Heuchelei entschieden zurück und erwartet von der Gerechtigkeit seiner Gegner, daß sie offen ausgesprochene Ansichten als wirkliche Ueberzeugungen gelten lassen. Abg. Hänel er- widert, daß er den Ausdruck Heuchelei nur auf die Bemerkung bezogen habe, daß Gott den Liberalismus gerichtet.

Beim Titel 28: Zur Errichtung neuer Schulstellen kommt Abg. Birchow auf die ihm vom Fürsten Pleß im Herrenhause gemachten Vorwürfe zurück und verteidigt sich gegen dieselben auf Grund der Acten der Unterrichts- Commission. Die Aeußerungen des Ministers über die sittliche Haltung der Lehrer seien doch zu schwerwiegend, als daß nur die heute gesprochenen Worte als Beweis dienen könnten. Der Minister sollte genauere Mitthei- lungen darüber machen.

Der Cultusminister hält eine Veröffentlichung des ihm vorliegenden Materials für nicht im Interesse des Staates liegend.

Reg.-Comm. Geh. Rath Schneider giebt des Näheren auf die ober- und mittelschulverhältnisse ein.

Abg. Hansen spricht sich gegen die vom Abg. von Meyer-Arnswalde gewünschte Aufhebung der Verfügung wegen des obligatorischen Näh- und Strickunterrichts aus.

Die Titel 29 bis 33 werden nach unerheblicher Debatte angenommen. Damit ist das Capitel 121 (Elementar- und Schulaufsicht) erledigt.

Schluß 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Anlauf der Main-Wefer Bahn; Cultusetat.)

Berlin, 11. Febr. [Mietsteuer für die Dienstwoh- nungen der Reichsbeamten. — Protest aus Münster gegen Schorlemer. — Kasernierungsfragen. — Deutschland und der türkisch-montenegrinische Grenzstreit.] Vom Reichs- kanzler ist es bekannt, daß er die Steuereinschätzungen der Stadt- gemeinde Berlin nicht immer ganz gerechtfertigt gefunden hat. Wird der neueste dem Bundesrathe unterbreitete Entwurf, betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten, Gesetz, so wird er wenigstens über die Berliner Mietsteuer nicht mehr zu klagen haben. Da nach jenem Entwurfe der zur Steuer heranzuziehende Mietwerth der Dienstwohnungen nicht höher als mit zehn Procent des Dienst Einkommens der Beamten (ohne Repräsentations- u. s. w. Zulagen) bemessen werden soll, so wird Fürst Bismarck in Zukunft höchstens 240 Mark Mietsteuer (6% pSt. von dem auf 10 pSt. — 3600 Mark — seines Gehalts bemessenen Mietwerth seiner Dienstwohnung, des früheren, vom Reiche für 6 Mill. Mark ange- kauft und mit großen Kosten restaurirten und ausgestatteten Palais Radziwill) an die Berliner Stadtkasse bezahlen. Wie hoch er bisher eingeschätzt war, wissen wir nicht. Man sollte fast annehmen, daß er der eine Reichsbeamte ist, von dem die Motive zu dem hier be- sprochene Gesetzentwurfe sagen, daß der Mietwerth seiner Dienst- wohnung (in so weit dieselbe zu seinem persönlichen Gebrauche be- stimmt ist) auf 87,5 Procent des Dienst Einkommens eingeschätzt ist. Das würde allerdings einer Summe von etwa 30,000 Mark ent- sprechen, von der eine Steuer im Betrage von 2000 Mark zu ent- richten wäre. Der nächsthochgeschätzte Beamte (mit 84,2 Procent) war vielleicht der verstorbene Staatssecretair von Bülow oder der Generalpostmeister Dr. Stephan. Indes ist es auch eben so gut möglich, daß Reichsbeamte mit bedeutend niedrigerem Gehalte zufällig eine besonders große, wohlgelegene und prächtige Dienstwohnung inne hatten, die nun von den Berliner Servisverordneten pflichtmäßig nicht billiger als zu dem allerdings exorbitant hohen Verhältnißsage einge- schätzt werden konnte. Bei der Verathung der Vorlage im Reichs- tage werden ja diese einzelnen Verhältnisse noch zur Sprache kommen.

kleine Schrift des verdienten Statistikers Professor W. Diterici, 1847 erschienen: „Ueber Auswanderungen und Einwanderungen, letztere in besonderer Beziehung auf den preussischen Staat vom statistischen Standpunkte. Eine am 9. Januar 1847 im wissenschaftlichen Verein zu Berlin gehaltene Vorlesung“. Diterici erzählt darin bei Be- sprechung der Emigration der Salzburger Evangelischen nach Preußen die kleine „literarhistorisch interessante Episode“. Er schließt mit dem Satz: „Auch diese einfache, von Goethe so unübertrefflich meisterhaft in Hermann und Dorothea benutzte Erzählung zeigt den schärfsten Sinn der Salzburger, der auch anderweit in allen Berichten gerühmt wird, — beweist zugleich, wie sie alle Bedacht genommen, an barem Gelde in die neue Heimath mitzunehmen, was irgend von ihnen hatte in Geld verwandelt werden können.“

In einer Beilage zum Vortrage bringt Diterici den wörtlichen Abdruck der Erzählung aus dem in Leipzig 1732 erschienenen fünften Stück der „ausführlichen Historie derer Emigranten oder vertriebenen Lutheraner aus dem Erzstiftum Salzburg“. Diese Darstellung weicht erheblich in der Form als im Inhalte von der oben mitgetheilten Erzählung ab. Der letzte Theil bringt den Zusammenhang etwas vollständiger zur Geltung. Diterici fügt dem Abdruck die vorsichtige Bemerkung hinzu, daß eine Stadt Altmühl in Baiern und im Dettingen'schen nicht bestehe. „Es giebt einen Fluß dieses Na- mens und sieben Mühlen und kleine Stablfementen Altmühl mit 5 oder 7 Einwohnern. Entweder geschah oben erzählte Begebenheit in einem dieser kleinen Orte oder in einer andern Stadt.“

Unserer Literaturgeschichte ist der Zusammenhang der Goethe'schen Dichtung mit der Salzburger Emigration durchaus nicht unbekannt. z. B. G. H. Lewes in „Goethe's Leben und Schriften“ (**) be- spricht ihn. Kal Göbcke erwähnt in seinem Grundriß zur Geschichte deut- scher Dichtung (1859, Bd. II, S. 816), Goethe sei durch die Wanderzüge französischer Emigranten, die sich im September 1795 über das Weimarsche zerstreuten, auf die ältere Emigrationsgeschichte der Salzburger aufmerksam geworden. Er bringt hierauf die Erzäh- lung aus dem „liebthätigen Vera“ und fügt hinzu, sie sei in einer

Leipziger und zwei Berliner Relationen über die Emigration wieder- holt und auch in Göbking's 1734 erschienene Volkommene Emigra- tionsgeschichte der aus dem Erzstiftum Salzburg vertriebenen Luth- eraner übergegangen, wo auch die Geschichte eines umfährigen Wagens mit der Frau und den Kindern darauf erzählt werde. Göbking's Emigrationsgeschichte liegt mir nicht vor. Vermuthlich be- zieht sich die „Geschichte des umfährigen Wagens“ auf einen Vor- fall, der unter Andern im 6. Stück von Mosers Salzburger Emigra- tionsacten in einem Bericht aus Halle a. d. Saale erwähnt wird. Am 30. April 1732 gelangte ein zweiter Trupp von Salzburgerischen Emigranten, 283 an der Zahl, „unter Anführung eines königlich preussischen Commissarii“ in Halle an. Der berühmte Professor der Theologie, Gottl. Aug. Franke, hielt ihnen eine Predigt und gab ihnen auf ihrer Reise nach Berlin zwei „studiosi theologiae und Praeceptores von dem Waisenhause“ mit, die unterwegs mit ihnen Besunden halten und sie erbauen könnten. Die Reise ging über Wittenberg, Treuenbriecken, Beitz, Potsdam; überall wurden die Emigranten, wie vorher in dem markgräflich Ansbachischen und Bay- reuthischen, sowie in den reussischen und kursächsischen Landen, feier- lich empfangen, wohl bewirthet und reich beschenkt. Die beiden Studiosi wußten das Betragen der Salzburger, ihre Geduld und Befcheidenheit nicht genug zu loben. „Im übrigen“ — heißt es wörtlich — „haben vermehrte Studiosi als eine Probe göttlicher Be- stimmung angemerkt, daß, da unterwegs ein Weib und zwei Kinder von dem Wagen gefallen und über die letzteren die Räder eines be- ladenen Wagens hinweggegangen, sie dennoch sämtlich unbeschädigt und unverletzt davon gekommen.“ Nach einem andern Bericht muß es am 2. Mai zwischen Halle und Jersitz im Anhaltischen passiert sein. Gewiß mit Recht macht Göbcke auf diese Geschichte aufmerk- sam. Wie schön findet sie sich im ersten Capitel der Goethe'schen Dichtung wieder in der Erzählung des Apotekers von dem schweren Fuhrwerk, auf dem Alte und Kranke hoch auf Betten sitzen, wie es in den Gräben fahrt, und weithin im Schwünge die Menschen mit entsetzlichem Schreien in das Feld hin-, aber doch glücklich ent- führen:

Später stürzten die Kasten und fielen näher dem Wagen. Wahrlich, wer im Falle sie sah, der erwartete nun sie Unter der Last der Kisten und Schränke zerschmettert zu schauen u. s. w. Damit aber dürfte die Reihe der Anregungen, die Goethe aus den Salzburger Emigrationsgeschichten empfangen und verworthe hat, noch nicht zu Ende sein. Es fügt sich vielleicht auf solche die erste Be- gegnung Hermann's mit Dorothea und deren Bitte:

Noch nicht bin ich gewohnt, vom Fremden die Gabe zu heißen, Die er oft ungern giebt, um los zu werden die Armen! Aber mich drängt die Noth, zu reden. Hier auf dem Strohe Liegt die erst entbundene Frau des reichen Weibers, Die ich mit Stieren und Wagen noch kaum, die schwangere, gerettet. Spät nun kommen wir nach, und kaum das Leben erhielt sie. Nun liegt, neugeboren, das Kind ihr wartend im Arme, Und mit Wenigem nur vermögen die Unsern zu helfen, Wenn wir im nächsten Dorf, wo wir heute zu rufen gedanken, Auch sie finden, wiewohl ich fürchte, sie sind schon vorüber. War Euch irgend von Leinwand nur was Entbehrliches, wenn Ihr Hier aus der Nachbarschaft seid, so spendet's gütig den Armen!

Unter den Salzburger Emigrantenzügen befand sich mehr als eine schwangere Frau, die unterwegs niederkam und durch die Spenden guter

Menschen mit sammt ihrem Kinde am Leben erhalten wurde. Hier einige Beispiele: Der erste Haufen, der zuerst aus ihrer Heimath verjagt, „un- angeessenen Leute“, der nach Preußen wanderte, zog, 750 Köpfe stark, über Donauwörth und Harburg im Fürstenthum Dettingen durchs Ansbachische. Der Durchmarsch durch das Stist Bamberg wurde ihnen abgeschlagen; sie waren deshalb gezwungen, ihren Weg über Nürnberg zu nehmen, wo man „sich freundlich und lieblich gegen sie erzeigte“. Dann ging es durch das Bayreuthische. Palmsonntag war in Erlangen, die Oster- feiertage in Hof Rasttag. Am dritten Osterfeiertage kamen sie nach Schleiz im Voigtlande, wo der Graf von Reuß Heinrich I. von der jüngeren Linie residirte, dessen Gemahlin Dorothea Louise aus dem Hause Löwenstein-Birneburg, sich besonders wohlthätig gegen sie erwies. Jeder bekam zur Einquartierung bei den Bürgern sein Quartierbillet. „Die Gräfin schickte ihnen zwei große Körbe, welche mit Leinwandzeug angefüllt waren. Dieses wurde unter sie ausgetheilt, wie auch 124 Thaler an Gelde. Jede Person bekam von der Herrschaft zwei Pfund Brot und zwei Maß Bier, ohne was ihnen die Bürger zukommen ließen. Eine von den Salzburgern kam hier darnieder und brachte einen Sohn zur Welt. Man taufte ihn in der Schloßcapelle und gab ihm dem Namen Benjamin, weil er in einem schmerzlichen Exilio ist geboren worden. Die Pathen dabei waren die bairische Gräfin, der gräfliche Rath Amtmann Böhme und der Bürgermeister des Orts, Weisse.“ Die Fürsorge, mit welcher die Gräfin Reuß als gute deutsche Hausfrau zunächst mit Vorräthen getragener Leinwand zu Gunsten der Armen eingreift, wiederholte sich an vielen Orten bei Frauen aller Stände. Zu ebensolchem handelt bei Goethe Hermann's Mutter, die Frau Wirthin zum goldenen Löwen.

Der 2000 Personen zählende Haufe „angeessener“ Salzburger, der am ersten Pfingstfeiertag 1732 in Nürnberg rastete, wanderte in getrennten Haufen weiter nach Altmühl und Leipzig. In Altmühl wurde einem Emigranten Hans Frommer ein Kind geboren, und in der Bruderkirche auf den Namen Johannes getauft. Der General- superintendent und adlige Herren und Damen vom Hofe waren die Taufzeugen; das Pathengeld soll 50 Thlr. betragen ha. Drei Tage darauf „verordnete der Rath zu Altmühl eine Kutsche, welche Hans Frommern mit seinem Weibe und neugeborenen Kinde nach Leipzig führte, weil er nicht länger zurückbleiben wollte, damit er nicht von seinen Landesleuten abgesondert würde“. In Leipzig kam eine andere Salzburgerin in Wochen, „welche einen gesunden Sohn zur Welt geboren hatte. Man taufte ihn Nachmittags in der Thomaskirche und er bekam den Namen Gottfried. Die Pathen bei diesem Kinde waren zwar geringe Leute, weil man nicht Zeit hatte, vornehme Personen zu eruchen, daß sie dieses heilige Werk verrichten möchten; doch als sie Solches erfuhren, erzeigten sie sich desto liebevoller gegen die Sechswöchnerin. Diese Frau hat selbst gesagt, daß sie niemals so viel Großen beisammen gehabt hatte, als sie nunmehr Ducaten be- saß. Und ihrem Kinde schenkte man so viel Betenden und Klei- derchen, daß sie ein ganzes Schlagfaß damit anfüllen konnte. Bei ihrer Abreise gab man ihr eine eigene Kutsche, in welcher sie nebst ihrem Kinde bis nach Berlin geführt wurde“ *).

Jedenfalls hat der Abg. Freytag sich seiner Kenntniß der „Vor- geschichte“ von Hermann und Dorothea mit Unrecht berühmt.

*) Er mag hier als bessere Lesart folgen: Der Sohn also „präsentirt seinem Vater seine Braut. Das Mädchen aber wußte von nichts an- ders, als daß man sie zu einer Dienstmagd verlangte, und deswegen ging sie auch mit dem jungen Menschen nach dem Hause seines Vaters. Der Vater hingegen stand in den Gedanken, als hätte sein Sohn der Salzburgerin sein Herz schon eröffnet. Daher fragt er sie: wie ihr denn sein Sohn gefalle? und ob sie ihn dann wohl heirathen wolle? Weil sie nun davon nichts wußte, so meinte sie, man suchte sie zu verführen. Sie fängt darauf an; man sollte sie nur nicht topfen: zu einer Magd hätte man sie verlangt, und zu dem Ende wäre sie seinem Sohne nachgegangen. Wollte man sie nun dazu annehmen, so wollte sie allen Fleiß und Treue beweisen und ihr Brot verdienen. Topfen aber ließe sie sich nicht. Der Vater aber bleibt dabei, daß es sein Ernst sei, und der Sohn entbedet ihr darauf auch die wahre Ursache, warum er sie mit nach seines Vaters Hause geführt, nämlich: er habe ein herrliches Verlangen, sie zu heirathen. Das Mädchen siehet ihn darauf an, siehet ein klein wenig stille und sagt endlich: wenn es denn sein Ernst wäre, daß er sie haben wolle, so wäre sie es auch zufrieden, und so wollte sie ihn halten, wie ihr Auge im Kopf! Der Sohn reicher ihr hierauf ein Heftchen: sie aber greift sofort in den Busen, ziehet einen Beutel heraus, darinnen 200 Ducaten stecken, und sagt: Sie wollte ihm hiermit auch einen Nachschuß geben.“

**) Uebersetzung von Frese, Bd. II, 3. Aufl., 4. Abschnitt S. 285.

*) Ausführliche Historie der Emigranten Th. II, S. 38, 182, 184 187 u. s. w.

Bei dem Präsidium des Abgeordnetenhauses ist heute eine Protest-Eingabe der aus Nicht-Ultramontanen bestehenden „Freien Vereinigung“ in Münster eingelaufen, welche sich gegen die Behauptung des Freiherrn von Schorlemer-Alst (in der Sitzung vom 10. Januar d. J.) wendet, daß die „Freie Vereinigung“ eine unmoralische Stütze der Provinzialregierung“ darstelle, diese Behauptung für eine verläumdende Beleidigung erklärt und bei dem Präsidium beantragte, „dem Abgeordneten Herrn Freiherrn von Schorlemer-Alst wegen seiner auf der Tribüne des hohen Hauses verübten Beleidigung, die nach Recht und Billigkeit zu bemessende parlamentarische Strafe angedeihen lassen zu wollen.“ Dem Abgeordneten Struve, der vor wenigen Tagen von Herrn von Schorlemer den brutalen Vorwurf des „Spionirens und Denuncirens“ hören mußte, ohne daß er vom Präsidenten geschützt worden wäre, wird es besonders interessant sein, aus den Anlagen zu der Eingabe zu erfahren, daß die „Westfälische Provinzialzeitung“ schon am 4. Februar einen ausführlichen Bericht über eine am 30. Januar stattgehabte Sitzung der „Freien Vereinigung“ brachte, in welcher der Vorsitzende der letzteren, der bekannte Professor Karst, verboten wurde denselben Vorwurf des „Spionirens und Denuncirens“ gegen den ultramontanen Junker und sein Leibblatt erheben und in ausführlicher Rede begründen. — Das Bestreben der deutschen Militärverwaltung geht bekanntlich seit einigen Jahren dahin, die bisher Bataillons-, Escadrons- und Batterieweise in vielen kleinen Garnisonen verstreuten Truppentheile Regimentsweise in größeren Garnisonsorten zusammen zu ziehen. Ist auch der im Jahre 1876 vorgelegte umfassende Kasernierungsplan im Reichstage nicht zur Durchberatung und Annahme gelangt, so wird seitdem alljährlich doch an seiner stückweisen Ausführung gearbeitet. In der vorigen Session hat bekanntlich der Reichstag in mehreren Fällen die Kosten für die Zusammenlegung einzelner Regimenter, den Kasernen-Neubau u. s. w. nicht bewilligt und so den betreffenden Städten ihre Garnisonen noch für ein Jahr gerettet, aber die Freude ist nur kurz gewesen. Wie mit Bestimmtheit verlautet, kehren die im vorigen Jahre abgelehnten Forderungen im diesjährigen Etat wieder, und es ist fraglich, ob sich noch einmal im Reichstage eine Majorität gegen sie findet. — In der schwierigen und endlos sich hingiehenden Frage der türkisch-montenegrinischen Grenzregulirung hat nun auch die deutsche Reichsregierung Stellung genommen. Bekanntlich handelt es sich darum, daß die Ausführung des Berliner Friedens an jenem einen Punkte, dem unbesiegbaren Widerwillen der albanesischen Stämme gegen eine Einverleibung in Montenegro, zu scheitern droht. Da es Russland nicht unangehen sein kann, in unmittelbarer Nachbarschaft Oesterreichs einen Insurrectionsheer sich bilden zu sehen, so bestand es auf striktester Erfüllung der einschlägigen Bestimmungen des Berliner Vertrages und auf Abtretung der Bezirke von Gusinje und Plawa an Montenegro. Wie wir nunmehr aus sicherer Quelle erfahren, hat sich der Reichskanzler dem Vermittelungsvorschläge der österreichischen Regierung angeschlossen, wonach an Stelle des streitigen Distrikts ein dem Umfange und der Bevölkerungsziffer nach äquivalentes Gebiet von der Pforte an den Fürsten Nikita zu überweisen sei. Bereits ist der in Abwesenheit des Vizekanzlers Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel fungierende deutsche Geschäftsträger angewiesen worden, in diesem Sinne zu operiren und zu einer friedlichen Ausgleichung der bestehenden Differenzen beizutragen. Diese, in auswärtigen Dingen unterrichtete Politiker sind der Ansicht, dies „bischen Herzegowina“ werde sich im Reim erfinden lassen, wenn es sich bestätigen sollte, daß auch Englands Bestrebungen nach der gleichen Richtung hin gehen und daß sich die Mehrzahl der Mächte von der Ueberzeugung leiten läßt, nicht der Buchstabe, sondern der Geist des Berliner Vertrages sei zur Ausführung zu bringen.

○ Berlin, 11. Februar. [Einfuhr britischer Erzeugnisse nach Deutschland.] Nach den unter der Aufsicht des englischen Handelsamts im Custom house zu London bearbeiteten monatlichen accounts relating to trade and navigation of the United Kingdom gestaltete sich die Einfuhr der hauptsächlichsten britischen und irischen Roherzeugnisse und Fabrikate nach Deutschland im Jahre 1879 und verglichen mit dem Vorjahre erhöht bei folgenden Artikeln: Rohem Kupfer, Dampfmaschinen und anderen Maschinen, Zuteigarn, leinenen Waaren, Zuteigarn, gepönnener Seide und Seidenartikeln, wollenen Tüchern, Posamentierwaaren, und wie dies in der Natur der Sache begründet ist, bei Heringen. Bei den sonstigen verschiedenen 21 anderen eingeführten Artikeln betrug die Differenz im Jahre 1879 recht bedeutende Summen, welche namentlich bei Baumwollengarn und Wollen-Garn in's Gewicht fallen. — Das bereits von uns erwähnte Heft „Statistik der Schiffahrt“ bringt in seinen weiteren Zusammenstellungen sehr umfangreiche Tabellen über den Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen für 1878, desgleichen eine Zusammenstellung der Seereisen deutscher Schiffe, welche letztere einen Nachweis über die Thätigkeit der deutschen Kauffahrtsflotte im Verkehr der deutschen Häfen unter sich, zwischen diesen und dem Ausland und zwischen außerdeutschen Hafenplätzen liefert. Diese Zusammenstellungen sind bei Beleuchtung des deutschen Handels und des deutschen Verkehrs von wesentlicher Bedeutung.

[Unterstaatssecretär v. Mayr.] Die Angaben, welche sich an die Reise des Unterstaatssecretärs im Ministerium für Elsaß-Lothringen von Mayr nach Berlin knüpfen, sind, wie man der „Trib.“ mittheilt, sämtlich unrichtig. Die Herreise des genannten Beamten gilt lediglich der Theilnahme an den Bundesrathsarbeiten. Von einem Zerwürfniß des Unterstaatssecretärs mit dem Statthalter ist ebensowenig die Rede, wie von seiner Verurteilung zur Uebernahme eines hohen preussischen Staatsamtes.

[Zu den Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn.] Die Nachricht, daß der bayerische Generaloll-Administrator Mayr zur Theilnahme an den Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn in Berlin eingetroffen sei, ist irrthümlicher Weise dahin interpretirt worden, daß die Wiederaufnahme der am 26. November v. J. abgebrochenen commissarischen Verhandlungen über den definitiven Vertrag in nahestehender Nähe. Es handelt sich zunächst darum, zwischen den Vertretern des Reichs, Preussens, Baierns und Sachsens — die beiden letzteren Staaten haben aus den Zollvereinsverträgen ein Anrecht auf Theilnahme an den Verhandlungen mit Oesterreich — die Grundlagen festzustellen, auf denen die weiteren Verhandlungen stattfinden sollen. Wenn das geschehen, sollen die diesseitigen Vorschläge der österreichischen Regierung vorläufig mitgetheilt werden.

Jena, 8. Februar. [Dr. Delbrück.] Der im hiesigen Wahlkreise gewählte Reichstags-Abgeordnete wird demnächst erwartet, um über seine Reichstagsfähigkeit zu referiren.

München, 10. Februar [Nothstand und Getreidepreise.] Bayerische Blätter veröffentlichen einen Roßbach, 3. Februar 1880, datirten „Hilferuf“ zu Gunsten der armen Rhönbewohner, in welchem es u. A. heißt: „Sommer bitterer wird das Elend, immer höher wächst die Zahl der Hilfslosen und Unterstützungsbedürftigen, immer dringender wird Hilfe und Rettung. Eine gänzliche Mißernte an Korn, der einzigen hier gedeihenden Brodfrucht, hat bewirkt, daß die Vorräthe schon jetzt gänzlich aufgebraucht sind; die wenigen im Herbst geernteten Kartoffeln sind total erfroren, so daß sie zur Nahrung wie zur Ausstattung unbrauchbar sind. In Folge des langen strengen Winters und des allgemeinen unerhörten Geschäftsrückganges herrscht Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Es fehlen die Mittel zur Befriedigung auch nur der gemeinsten Lebens- und der Hunger schaut aus den matten hohläugigen Gesichtern.“ An der Spitze der Unterzeichner dieses Aufrufs steht ein Mann, dem im vorigen Jahre bei der Feststellung des neuen Zolltarifs die Rolle auf Lebensbedürfnisse, insbesondere auf Getreide, gar nicht hoch genug bemessen werden konnten, der Freiherr C. von Thüngen-Roßbach, der Heißsporn der bayerischen Agrarier, bekannt aus seiner agrarischen Correspondenz mit dem Reichskanzler. Im

vorigen Sommer wurden bekanntlich hohe Getreidepreise von den Agrariern als Glück des armen Mannes bezeichnet.

Oesterreich.

Wien, 11. Februar. [Die Grundsteuernovelle und die confessionellen Geseze.] Nunmehr da das Schicksal der Grundsteuernovelle entschieden ist, lohnt es, einen Rückblick auf die Abstimmungen zu werfen, weil dieselben entscheidend sind für die Cohäsionskraft zwischen den drei reactionären Clubs. Bei der rein theoretischen Frage, ob der Regierungsentwurf, oder das dem Polen genehme Auschüßelaborat die Grundlage der Specialdebatte bilden soll, hält die Rechte noch wie eine undurchdringliche Phalanx zusammen und siegt in Folge dessen mit der Majorität von zwei Duzend Stimmen. So wie es nun aber in der Discussion an die praktischen Fragen geht, wird in allen drei entscheidenden Punkten die ministerielle Vorlage wiederhergestellt. Das Prinzip der Contingentirung, statt der Procentuirung, und die Einhebung von Neujahr 1881 ab vor Erledigung der Reclamationen werden mit einem Duzend Stimmen Mehrheit acceptirt, einfach weil ein gutes Duzend Abgeordnete geistlicher und clericaler Bauerngemeinden es vor ihren Wählern absolut nicht verantworten zu können glauben, wenn sie um kirchlicher und politischer Coalitionen willen die materiellen Interessen ihrer Committenten preisgeben. In Selbstsachen hört die Gemüthlichkeit auf, und der Bauer ist der allerletzte, der Spaß versteht, wo es sich um den Beutel handelt. Noch blieb der Reaction Eine Hoffnung: bewahrte man in den Einschätzungs-Commissionen den „autonomen“ Landesorganen ein decidirtes Uebergewicht über die Regierungsorgane, so konnten die Schlachzigen darauf rechnen, das Werk, das bereits 20 Mill. gekostet, wie von 1869 bis heute, auf noch ein weiteres Decennium zu verschleppen. Gestern sind sie endlich auch in diesem Punkte unterlegen, allerdings nur mit 6 Stimmen Minorität: aber die Linke hat gesiegt, obschon die Feudalen wie die Verzweifeltsten kämpften. Hoch aufgerichtet und heftig gesiculirend, standen Graf Slam und Fürst Lobkowitz gestern vor der Abstimmung mitten unter die Gesehen, um drohend die Mähren, die am Sonnabend mit der Regierung gestimmt, zu einem Votum im Sinne der Rechten zu zwingen. Slam schwang sogar eindringlich ein Altkleid, das er in der Hand hielt, über ihren Köpfen. Die beiden „Herren“ erreichten aber nur, daß die also Vergewaltigten den Saal verließen, obwohl man sie fast an den Rockhöfen zurückhielt. Mit ihnen räumten, als Vertreter feierlicher Bauerngemeinden, die beiden Fürsten Liechtenstein das Feld, denen noch ein paar Abgeordnete feierlicher Landbezirke sich angeschlossen. Die Rechte übte einen beispiellosen Terrorismus: auch die Minister, die nach ihrer Gefinnung zu den Föderalisten gehören, Prajak, Falkenhayn, Ziemialkowski, mußten gestern sich dem Scrutinium entziehen: am Sonnabend war nur Ziemialkowski hinausgegangen, Prajak und Falkenhayn hatten mit Horst und Streimayr für die Regierungsvorlage gestimmt. Graf Slam-Martinic konnte seine Aufregung gar nicht bemeistern: fort und fort sprach er heftig in seine Cohorte hinein und suchte mit den Armen herum. Mit wie schwerem Herzen die Fürsten Liechtenstein sich, um ihrer Wähler willen entschlossen, der Linken in dieser Lebensfrage den Sieg zu lassen, ist leicht zu begreifen, da sie sich ja eben jetzt an die Spitze der Agitation um Wiederherstellung des Concordates gesetzt. Der Gesehen sind sie in diesem Punkte, trotz alles gelegentlichen hussitischen Lärmens dieser Herren ganz sicher. Hat doch Nieger selbst die Petitionen des böhmischen Clerus um Cassirung auch der Maigesetze von 1874 im Reichsrathe eingebracht, die das Concordat aufheben, die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche regeln, die Altkatholiken anerkennen und die Pfründen besteuern. Gesehen und Reichspartei aber etwa nur über 110 Stimmen: die 57 Polen haben, nun da ihnen der Preis der Allianz entgangen ist, auch nicht das geringste Interesse, für die Anträge Liechtenstein einzutreten. Im Gegentheile! Der eigene Landeschulrath, den Beust Galizien 1867 gewährte, lieferte gleichzeitig die Schulen der Polenisirung aus und machte der Herrschaft der Kirche über die Schulen in der Provinz ein Ende. Thun'sche Germanisirung und Thun'sche Priesterwirthschaft fielen mitsammen. Die Polen haben ein dunkles Vorgefühl, sie könnten jene wiederherstellen, wenn sie diese renoviren helfen, und durch Unterstützung des Liechtenstein'schen Antrages Bresche in ihren Landeschulrath legen.

Frankreich.

Paris, 9. Febr. [Der Marineminister. — Zuziehung der Unterstaatssecretäre zu den Ministerconferenzen. — Socialistisches. — Der Carneval. — Bischöfliche Hirtenbriefe. — Senatorenwahl. — Legitimistisches Bankett. — Eine Pariser Gemeinderathswahl. — Frauenrechte. — Steuerüberschuß. — Die Kriegskosten von 1871. — General Choite. — Parlamentarisches.] Es ist seit gestern in den Blättern viel von einem Rücktritt des Marineministers, Admiral Jauréguiberry, die Rede gewesen. Allem Anschein nach hat Jauréguiberry wirklich dem Präsidenten der Republik seine Entlassung überreicht und man hatte sogar schon einen Nachfolger für ihn in Bereitschaft, nämlich den Admiral Krantz, früherer Cabinetschef des Marineministers Poihuan, gegenwärtig Marinepräfect in Toulon, welchem Grevy vor dem gleichfalls in Vorschlag gebrachten Admiral Saurès den Vorzug gegeben haben soll, weil er ihm größere administrative Fähigkeiten zutraut. Wenn wir der „France“ glauben, hat jedoch heute der Freycinet, welcher alle Veränderungen im Cabinet, wenigstens während der gegenwärtigen Session, zu vermeiden wünscht, den Admiral Jauréguiberry bewogen, sein Portefeuille zu behalten. De Freycinet legt es mehr und mehr darauf an, die sogenannten Geschäftsdepartements, die Politik der nützlichen Reformen, an die Stelle der bisherigen eigentlich politischen Discussionen zu setzen. So erklärt er sich auch, daß er in Zukunft die Unterstaatssecretäre zu den Ministerconferenzen hinzuziehen will. Gestern wurde damit der Anfang gemacht. Nicht alle Minister waren mit diesem Verfahren einverstanden, aber die Opponenten sind überstimmt worden. Man glaubt, daß der Freycinet die Verhandlung über den Louis Blanc'schen Amnestieantrag benutzen wird, sich persönlich vor der Kammer über diese seine Absicht auszusprechen. Er dürfte dieselbe Gelegenheit wahrnehmen, um nochmals die feierlichen Absicht Frankreichs und seine Stellung gegenüber den socialistischen Umtrieben in den anderen europäischen Staaten zu kennzeichnen. Es wäre dies eine Antwort auf gewisse Artikel der reactionären Presse, die gerade in den letzten Tagen wieder besonders bemüht ist, der öffentlichen Meinung dadurch Angst einzujagen, daß sie zu verstehen giebt, Frankreich werde bei einer bevorstehenden Campagne der monarchischen Staaten gegen den Socialismus isolirt bleiben und alle Hoffnung auf eine künftige Allianz mit einem dieser Staaten verlieren. — Man würde aus dem Straßentreiben in Paris gestern und heute schwerlich errathen, daß wir uns in den Carnevaltagen befinden. Von Masken war weniger als jemals etwas zu bemerken. Zum großen Theil mag das dem Regenwetter zugeschrieben werden. Die Annäherung der Fastenzeit macht sich dagegen wie gewöhnlich durch das Erscheinen bischöflicher Hirtenbriefe bemerklich. Unter den französischen Prälaten haben sich diesmal der Erzbischof von Paris und

der Erzbischof von Toulouse durch ihre „Mandements“ hervorgethan. Sie eifern Beide gegen die Unterrichtsreform, die von den Republikanern angestrebt wird. Unleugbar ein zeitgemäßer Gegenstand. Der Erzbischof von Toulouse protestirt nicht nur dagegen, daß man die Kirche von der Schule trennen wolle, er erhebt sich auch gegen den obligatorischen und den unentgeltlichen Unterricht und das ziemlich vehementen Ausdrücken. Der Pariser Erzbischof beschränkt sich auch diesmal einer gemäßigteren Sprache; im Grunde erhebt er dieselben Ansprüche. Die Erziehung der Jugend gehöre der Kirche und nur der Kirche, nach den Worten Christi: „Lasset die Kleinen zu mir kommen.“ — In der Dordogne sind nächsten (den 7. März) zwei Senatoren zu wählen. Die Reactionäre haben schon ihre Candidaten in Bereitschaft; der eine ist der Fourtoul, einer der Heiden des 16. Mai, und der andere Coincey, ein Bonapartist, der, wie es scheint, speciell vom Prinzen Jérôme Napoleon empfohlen wird. — Die Legitimisten der Bretagne haben jüngst dem verunglückten Candidaten von Nimes, dem berühmten Numa Baragnon zu Ehren ein Bankett veranstaltet, bei welchem zahlreiche Toaste auf den König ausgebracht wurden. Numa Baragnon selber, der leider seine Redekunst nicht mehr in der Kammer üben kann, und der Ober-Charrette sprachen von den Hoffnungen für die Zukunft. — In dem Stadtbezirke Notre Dame, bekanntlich im Herzen von Paris gelegen, wurde gestern ein Vertreter in den Gemeinderath gewählt. Die Theilnahme bei der Abstimmung war wieder eine sehr schwache. Wahl fiel mit geringer Mehrheit allerdings (775 gegen 647 Stimmen) auf den radicalen Jules Guyot, den Mitarbeiter der „Lanterne“, unter dem Namen ein „vieux petit employé“ die bekannten Enthüllungen über die Vorgänge in der Polizeipräfectur gemacht. Der Maire des zehnten Pariser Arrondissements besand sich diese Tage in der Lage, eine seltsame Zumuthung abweisen zu müssen. Eine Anzahl von Frauen, die zum Verein der Frauenrechte gehörten, verlangten von ihm, in die Wahlregister des Bezirks eingeschrieben zu werden. Sie waren zu dieser Forderung von der bekannten Hubertine Anclert, der Rednerin des Arbeitercongresses von Marseille, angetrieben worden. — Die Clémenceau'sche „Justice“ bringt heute unter dem Titel „Die Bilanz des Kaiserreichs“ einen Artikel, worin die sämtlichen Kosten des Krieges von 1870 auf 14,456 Millionen berechnet werden, abgesehen von den Verlusten der Privatleute. — Die directen Steuern in Frankreich haben im Monat Januar die Budget vorgesehene Einnahme um 4,681,000 Frs. überstiegen, und sie haben um 6,449,000 Francs mehr geliefert, als im Januar 1879. — Der Director der Cavallerieschule in Saumur, General Espérandieu, wird nun doch aus seiner Stellung entfernt werden. Wie man erinnert, hatte er beim Beginn des Winters Don Carlos mit übertriebenen Ehrenbezeugungen in seiner Anstalt empfangen. — Im Palais Bourbon und im Luxembourg geht es heute still zu. Carnevals wegen werden die Kammer und der Senat erst am Donnerstag wieder Sitzungen halten. — Der Minister Lepère erkrankt und wird wahrscheinlich für mehrere Tage das Zimmer halten müssen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 12. Februar.

2 [Carl v. Holtei +.] Soeben erhalten wir die Trauerkunde, daß unser alter Holtei heute Nachmittag 4½ Uhr von seinen langjährigen, schweren Leiden durch den Tod erlöst worden ist. Holtei ist am 24. Januar 1798 in Breslau geboren, stand also in seinem 83. Lebensjahre.

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Unter den geschäftlichen Mittheilungen, mit denen die heut unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstandes Vanquier Beyersdorff stattgefundene Sitzung eröffnet wurde, befand sich keine von hervorragendem Interesse. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung fand die Einführung und Verlesung des zum besetzten Stadtrath und Syndicus gewählten Bürgermeisters Götz durch Oberbürgermeister Friedensburg statt. Syndicus Götz, von den Stadtverordneten Fromberg und Bodl eingeholt, wurde nach seiner Vereidung vom Oberbürgermeister Friedensburg in kurzer Ansprache begrüßt. Oberbürgermeister Friedensburg hob darin namentlich hervor, daß dem neuen Mitgliede des Breslauer Magistrats das beste Zeugniß und die ehrenvolle Anerkennung seiner früheren Thätigkeit im Communaldienst anderer Städte vorangehe.

Demnächst gelangten u. A. folgende Gegenstände zur Verhandlung: Bei der Bewilligung von 2330 M. zur Verstärkung des Tit. VII. 4 der Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheit nimmt Stadtb. Straßa Gelegenheit den Wunsch auszusprechen, größere Sparsamkeit walten zu lassen und namentlich den Wechsel der Lehrbücher zu vermeiden. — Stadtschulrath Thiel erklärt die nothwendig gewordene Ueberausgabe wesentlich aus dem Umstand, daß die Pfortschulen in der Verwaltung der Stadt übergegangen seien. — Stadtb. Dr. Elsner schließt sich den Ausführungen des Stadtschulraths durchaus an und constatirt, daß die Verwaltung mit möglicher Sparsamkeit geführt werde.

Mit der erfolgten Mithung von Schullocalen für die katholische Elementarschule Nr. XXIII im Kloster der Ursulinerinnen erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Gescho genehmigt sie die Mithung von Schullocalen in dem Hause Schulgasse Nr. 13b.

Dem Antrage des Magistrats, daß die Lieferung der zu den demnächst auszuführenden Rohrnetz-Erweiterungen des neuen Wasserwerks erforderlichen gußeisernen Rohre dem künigl. Hüttenamt in Gleiwitz übertragen werden, stimmt die Versammlung zu.

Der kaiserliche Postbusch beabsichtigt, zwischen Berlin und Breslau eine unterirdische Telegraphenlinie herzustellen. Die Linie soll in der Hauptstraße die alte Berlin-Breslauer Chaussee verfolgen und, in das Stadtbild einmündend, über den Striegauer Platz, durch die Berlinerstraße, über den Berlinerplatz, am Schweißendgraben entlang, durch die Neue Graupenstraße, die Freiburgerstraße, längs der westlichen Seite des Museumsplatzes über die Telegraphenstraße zum dortigen Telegraphen-Gebäude führen. Nach längeren Verhandlungen ist zwischen dem Commissarius der Reichs-Telegraphen-Verwaltung und der städtischen Bau-Verwaltung ein Verabreich vereinbart worden, den der Magistrat der Versammlung zur Zustimmung vorlegt.

Die Bau-Commission empfiehlt die Genehmigung des Magistrats-Antrages, welche nach kurzer Discussion, an welcher sich Stadtb. Beblo, Stadtb. Bringsheim (als Referent) und Oberbürgermeister Friedensburg theilnahmen, seitens der Versammlung beschlossen wird.

Die Versammlung genehmigt demnächst die Pensionirung des Rathsbieners Schmidt und die etatsmäßige Anstellung des Bureau-Bisarbeiters Richard Heinersdorf.

Die Frage wegen Umgestaltung der gegenwärtigen Vorchriften über die Verwaltung des Allerheiligen-Hospitals hat sowohl den Magistrat, als auch die Versammlung wiederholt beschäftigt. Magistrat hat deshalb ein Regulative für die Verwaltung des genannten Hospitals aufgestellt und überjenes, indem er bemerkt, daß die Hospital-Direction sich mit dem Entwurf in der vorgelegten Form einverstanden erklärt hat, das Regulative der Versammlung mit dem Antrage, denselben ihre Zustimmung zu ertheilen.

Die Hospital- und Waisenhaus-Commission empfiehlt einige Modificationen, im Uebrigen aber die Genehmigung des Regulativs.

Stadtb. Dr. Lion erörtert als Referent die Vorlage und empfiehlt Namens der Commission, welche in sorgsamster Weise den Entwurf durchberathen, die Enbloe-Annahme des letzteren. Im Verlauf seines Referats gedenkt Stadtb. Dr. Lion auch der theils einer Reorganisation bedürftigen Verhältnisse des Waisen-Personals im Allerheiligen-Hospital.

Stadtb. Dr. Songmann empfiehlt, daß in dem Entwurf eine Bestimmung aufgenommen werde, dahin gehend, daß eine Veränderung bezüglich

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

anwesend waren. — Bis gegen 11 Uhr war am Markt wenig Leben zu sehen, doch mit Anbruch der letzten Abendstunden und mit Schluss des Getreidemarktes am Christophoriplatz füllten sich die Räume, so daß um 12 Uhr der glückliche Gedanke, die städtische Turnhalle, neue Anstaltenstraße, einen befriedigenden Anblick darbot. — Das Geschäft selbst entwickelte sich erst zwischen 1/2 12 und 1/2 1 Uhr und war ziemlich gegen 1/2 1 Uhr beendet. Es ist allerdings nicht leicht, einen Geschäftsgang zu beurtheilen, der mehr abnehmend abgewendet wird, wie dies an diesem Markte die Sache zu sein scheint, doch können wir konstatieren, daß die ausgelegten Proben resp. Muster den Anfragen lange nicht genügten. Die bedeutendsten Nachfragen waren nach guter Saat- und Braugerste, Saat-Hafer, Saaterbse — vornehmlich Victoriaerbse, Klee- und Luzerne samen (mit Garantie gegen Seide) und die sich immer mehr in unserer Provinz einbürgernde Sojabohne. — Im Verhältnis zur Nachfrage war Gerste, hauptsächlich tadellose Samengerste schwarz vertreten und fehlten namentlich die so beliebten weißen, schweren Gerstentorren, wie sie hauptsächlich die Leobsdorfer, Coler, Neustädter, Streblener, Kimpfischer, Münsterberger Gegen producirt. Es ist uns wohl bekannt, daß die Ernte von 1879 keine günstige für feines Brau- und Saatgut war, aber trotzdem war die Auswahl für einen Breslauer internationalen Saat- und Samenmarkt eine zu geringe, um nur im entferntesten höheren Ansprüchen zu genügen. Auch Hafer wurde stark begehrt; für guten schweren Saatenhafer, namentlich für polnischen Späthäfer waren zahlreiche Reflectanten vorhanden. Am stärksten waren Samereien, wie alle Klearten, Luzerne, Serradella, Andrich, Futterbse, Raigras, Flöringras, Maisarten etc. vertreten und hatten die Breslauer Samenhandlungen von Scholz u. Schnabel, Paul Niemann, Osw. Hübner etc. nach Kräften das Beste darin geliefert. Auch die Collection von Dom. Klein-Ting, Kreis Breslau, bekannt durch seine Opferwilligkeit, wenn es gilt, landwirtschaftliche Interessen zu fördern, hatte eine vorzügliche Zusammenstellung eigener Producte am Platze, auf die wir bei der Specialbesprechung zurückkommen werden, aber ebenso wenig wollen und werden wir der anderen einzelnen Aussteller vergessen, da wir es für unsere Pflicht halten, von Seiten der Presse dem Unternehmen des Saatmarktes jeden Vorstoß zu leisten. — Zu unserer Befriedigung können wir am Schluss unseres ersten Referates, den sich dafür Interessirenden die angenehme Mittheilung machen, daß der Breslauer landwirtschaftliche Verein auch im Jahre 1881 einen internationalen Saat- und Samenmarkt abhalten und dem neuen Unternehmen alle Erfahrungen zu Grunde legen wird, die er während der zwei Jahre gesammelt hat. — Unserer Ansicht nach sind unsere einheimischen Landwirthe noch viel zu wenig mit dem Wesen und Zweck eines solchen Marktes vertraut geworden; es wird Aufgabe des Comites sein, durch Wort und Schrift den Landwirth auf die Bedeutung eines Saat- und Samenmarktes bei Zeiten aufmerksam zu machen.

Breslau, 12. Febr. [Hypotheken- und Grundstücks-Vericht von Carl Friedländer, Ring 58.] Das Hypotheken-Geschäft war in den letzten Tagen lebhafter, als in den vorangegangenen Wochen. Sowohl von Bodencredit-Instituten wie von Privatbank wurden einige größere Hypotheken aus dem Markte genommen, und dabei der Zeit so billig als möglich normirt. Die Umsätze von zweiten Eintragungen sind schwach. Das Grundstück-Geschäft läßt an Regsamkeit noch immer zu wünschen übrig. An Kaufwilligen ist kein Mangel, doch scheitern viele Unterhandlungen an den hohen Preisforderungen der Verkäufer; immerhin ist hervorzuheben, daß die meisten Verkäufe in letzter Zeit nicht, wie früher im Zwangswege, sondern bei ausreichender Baarzahlung erfolgt sind.

— **ch. Lauban, 11. Febr.** [Getreide- und Productenmarkt.] Der heutige Wochenmarkt erfreute sich eines besseren Verlaufes, auch war die Kauflust im Allgemeinen eine rege. Eine Preissteigerung trat auch heute nicht ein, und wurden größtentheils vorwöchentliche Preise bezahlt. — Es wurden notirt für 100 Kilogr. = 200 Pfund Weizen 22,00—21,50 M., Gerste 19,00 M., Roggen 17,75—17,50—16,25 M., Gerste 16,00—15,00—14,00 M., Hafer 13,50—13,00—12,50 M., Erbsen 18,50—18,00 M., Kartoffeln pro Etr. 3,00—2,75 M., Heu pro 100 Kilogr. 4,50—4,00 M., Stroh pro 600 Kilogr. 18,00—17,50 M., Butter à Kilogr. 1,80—1,70—1,50 M., Eier pro Schod. 3,60—3,20 M. — Weiter schon, Temperatur trocken und kalt. Den kältesten Tag hatten wir am 7. d., wo das Thermometer bei Südwind früh —9,5 M. zeigte, den wärmsten am 8. d., Thermometerstand in den Mittagsstunden +4 M., heute früh zeigte das Thermometer —8 M. Barometerstand 665 mm. Heute bei Südwestwind war der Himmel theilweise bewölkt.

* **Deutscher Vereins-Zustatist** nebst alphabetisch geordnetem Waarenverzeichnis, verbunden mit einer tabellarischen Uebersicht der Abgaben und Tarife sämtlicher Artikel, sowie der wichtigsten Rechnungsarten, von A. Matterne, königl. Prov.-Steuer-Secretair. Breslau, 1880. Louis Köhler's Hof-Buchhandlung. Die vorliegende Ausgabe berücksichtigt namentlich die Verordnungen der eingehenden Waaren und ermöglicht durch angefügte Tabellen die sofortige Ermittlung des Nettogewichtes und die Eingangsgebühren, ohne nöthig zu sein, die sonst erforderlichen amtlichen Grundlagen — Gesetze über Tarif, Waarenverzeichnis und Rechnungsarten — zur Hand nehmen zu müssen. Das Tabellenwerk ist nicht nur durch seine Gründlichkeit ein unentbehrliches Handbuch für den Kaufmann und Beamten, sondern auch dadurch, daß der Verfasser erst das vollständige Erscheinen sämtlicher amtlicher Unterlagen abgewartet hat und erst dann an die Bearbeitung seiner Zusammenstellung herangetreten ist, während eine Menge ähnlicher Werke lange vorher, theils rüchardweise, theils unfertig, im Buchhandel erschienen sind, welche den Käufern nur unvollständige oder selbst unrichtige Angaben bieten konnten.

Ausweise.

Paris, 12. Februar. [Bankausweise.] Baarborrath Jun. 12,197,000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen Abn. 7,952,000, Gesamtsumme Vorkasse Abn. 2,260,000, Notenumlauf Abn. 34,849,000, Guthaben des Staatsbank Jun. 20,687,000, Laufende Rechnungen der Privaten Jun. 1,461,000 Frs.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 12. Februar. Abgeordnetenhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Präsident das Ableben Vogelmann's mit. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen. — Der Gesetzentwurf, betreffend den Erwerb der Main-Weferbahn, wurde in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Es folgt die fortgesetzte Berathung des Kultusetats. Bei Capitel 122 (Kunst und Wissenschaft) kritisiert Reichensperger (Köln) die Zustände der öffentlichen Museen und einzelne Neuwerbungen; er verlangt größere Berücksichtigung der germanischen Kunst gegenüber der antiken. Regierungs-Commissar Schön sucht die Ausstellungen des Vorredners zu widerlegen. Sybel wendet sich gleichfalls gegen die Auffassung Reichensperger's. Im weiteren Verlaufe wurde mit unerheblicher Debatte der Antrag Quast's auf baldige Wiederbesetzung der Stelle eines Conservators der Kunstdenkmäler und auf größere Fürsorge für Erhaltung der Kunstdenkmäler angenommen. Das Capitel wurde genehmigt und die Sitzung vertagt bis Freitag 10 Uhr.

Berlin, 12. Febr. Der Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale des königlichen Schlosses wohnten nicht ganz 100 Reichstagsmitglieder bei; die meisten im Frack, nur wenige in Uniform. In der Diplomatenecke waren nur einige Attachés. Um 2 Uhr trat der Bundesrath ein, an der Spitze Graf Stolberg, welchem der bayerische Gesandte Rudhart, Minister Stöck, der sächsische Minister des Innern Nositz-Wallwitz, Minister Kameke, der württembergische Gesandte und die übrigen Bundesrathsmmitglieder folgten. Nach Aufstellung seitwärts vom verhöhlten Throne verließ Stolberg die Thronrede, worauf der bisherige Vizepräsident des Reichstags Frankenstein das Hoch auf den Kaiser ausbrachte, in welches die Versammlung dreimal begeistert einstimmte.

Berlin, 12. Febr. Die Sitzung des Reichstags wurde gegen 3 1/2 Uhr vom Vizepräsidenten Frankenstein eröffnet, welcher provisorische Schriftführer beruft, und die Eingänge mittheilt, darunter den Etat, die Anleihevorlage, den Entwurf wegen Verlängerung der Budgetperiode, und Legislaturperiode und wegen Ausdehnung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes. Der Namensaufruf ergiebt 221 An-

wesende, das Haus ist sonach beschlußfähig. Morgen 2 Uhr Präsidiumswahl.

Carlsruhe, 12. Febr. Die „Badische Landeszeitung“ meldet: Der Bisthumsverweiser Kübel habe mittels Schreibens an den Großherzog das Dispensationsverbot ausdrücklich zurückgenommen.

(Wiederholt.)

Wien, 12. Febr. Die „Presse“ erklärt die Nachricht über Verhandlungen wegen Verstaatlichung der Reichenberg-Pardubitzer Bahn für unbegründet.

(Wiederholt.)

(Nach Schluss der Redaction eingetroffen.)
Berlin, 12. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, an die Aeußerungen des Dr. Barth, Syndicus der Bremer Kaufmannschaft in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft, anknüpfend, derselbe habe an das „Sich Dir selbst“ der alten Hansa erinnert und sich unter dieser Devise gegen jeden Staatsschutz gewandt, auch gegen die Gründung der deutschen Seehandlungsgesellschaft. Das Wesen des thätigsten Geistes der alten Hansa habe man in dem Verhalten der Hamburger und Bremer Kaufmannschaft in dieser Angelegenheit nicht verspürt, sonst wäre es nicht erforderlich gewesen, an den Patriotismus weiterer Kreise zu appellieren, um den deutschen Handel vor dem Verlust der durch die Hamburger Firma begründeten Handelsstellung Deutschlands in der Südsee zu bewahren. Was die vom Redner gerühmte Stellung der deutschen Dampfercompagnien betreffe, so hätte nicht das eigentliche Rhedereigenthum die deutschen Dampferlinien groß gemacht, sondern das großartige Auswanderungsgeschäft, welches während einer Reihe von Jahren zur Beschaffung einer größeren Zahl von Dampfern, als zum eigentlichen Rhedereigenthum erforderlich war, verlockte. Daß die Auswanderung aus Deutschland sich vermindert, könne nur als eine nationale Wohlthat betrachtet werden. An rechtzeitigen Maßnahmen, den directen Verkehr zwischen Deutschland und anderen transoceanischen Ländern zu vermitteln, statt denselben an nichtdeutsche Linien übergehen zu lassen, habe es nicht gefehlt. Man sei deshalb nicht berechtigt, die staatliche Unterstützung einer auf anderen Voraussetzungen beruhenden Gesellschaft zu mißgönnen, welche dieselbe nicht wegen ihrer Privatinteressen, sondern wegen des allgemeinen nationalen Interesses an ihrer Errichtung erhalten soll. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt: Nichts entspricht dem Grundgedanken der alten Hansa „Sich Dir selbst“ weniger, als das jetzt dem Deutschen Reich angebotene unthätige Geschehenlassen auf einem Gebiete, wo nur ein rechtzeitiges Handeln am Platze ist. Das Reich ist in die Stelle der alten Hansa getreten, und wird das deutsche Südseeunternehmen mit den durch die veränderten staatlichen Rechtsverhältnisse bedingten Hilfsmitteln zur Ehre und zum Vortheil der Nation zu erhalten wissen.

Berlin, 12. Febr. Ein dem Bundesrathe vorgelegter Gesetzesentwurf über die Küstenfrachtfahrt bestimmt, daß das Recht, Güter von deutschen Häfen nach deutschen Häfen auf dem Seewege zu befördern, derselben zusteht, ausschließlich den zur Führung der deutschen Flagge berechtigten Kauffahrteischiffen fremder Staaten, und kann dieses Recht durch Vertrag oder mit Zustimmung des Bundesrathes erlassenen kaiserlichen Verordnung eingeräumt werden. Zuwiderhandelnde werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Schiff und Ladung können, auch wenn sie anderen, als Schiffsfahrer, gehören, eingezogen werden. Befehlende vertragmäßige Bestimmungen über Küstenfrachtfahrt werden durch das Gesetz nicht berührt. Das Gesetz tritt mit dem 1. September 1880 in Kraft.

Wien, 12. Febr. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Konstantinopel: Der russische Geschäftsträger notificirt die Zustimmung der russischen Regierung zu der Finanzconvention vom 22. November, betonend, daß die russische Regierung ein Interesse an allen Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Türkei befunde.

London, 12. Febr. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Teheran vom 12. Februar: Die persische Regierung hätte die Ernennung einer europäischen Commission zur Feststellung der persischen Grenzen im Nordosten und gegen den Aftrifluß vorgeschlagen. Einem noch der Befestigung bedürftigen Gerüchte zufolge würde Persien im Frühjahr Truppen zur Besetzung Seifans entsenden, eventuell Herat besetzen. Die britische Regierung, die von den Plänen Persiens vollkommen informiert ist, erteilte ihre Zustimmung.

Washington, 12. Febr. In der gestrigen Sitzung des Finanz-Ausschusses erklärte Sherman, obgleich er die Ausgabe der 4procentigen Obligationen zu Amortisationszwecken im Allgemeinen befürworte, erkenne er die Möglichkeit an, die Obligationen al pari zu niedrigerem Zinsfuß zu negociieren.

(W. L. B.) **Berlin, 12. Febr.** [Schluß-Course.] Fest. Erste Depesche. 2 Uhr 45 Min.

Cours vom 12.	11.	Cours vom 12.	11.
Defferr. Credit-Actien 536 50	537 —	Wien kurz	173 20
Defferr. Staatsbahn 476 —	477 —	Wien 2 Monate	172 15
Lombarden	154 50	Warschau 8 Tage	216 50
Schles. Bankverein	111 50	Defferr. Noten	173 20
Bresl. Discontobank	97 —	Russ. Noten	217 05
Bresl. Wechselbank	103 10	4 1/2 % preuss. Anleihe	105 75
Laurahütte	137 50	3 1/2 % Staatsanleihe	95 10
Dannewitz	— —	1860er Loose	125 50
Oberöf. Eisen-Ind.	— —	77er Russen	90 75

(S. L. B.) Zweite Depesche. — Uhr — Min.	Cours vom 12.	11.
Börsen-Fremdbriefe	99 25	99 10
Defferr. Silberrente	61 75	61 60
Defferr. Goldrente	73 —	73 —
Ungar. Goldrente	87 25	87 25
Laut. 5 % 1865er Anl.	— —	10 75
Orient-Anleihe II.	61 50	61 60
Poln. Ziegl.-Anl.	57 60	— —
Rum. Eisen-Oblig.	48 60	48 75
Oberöf. Litt. A.	177 80	177 80
Breslauer-Fremdbriefe	101 25	99 50

(W. L. B.) [Nachbörse.] Creditactien 537, —, Franzosen 475, 50, Lombarden —, —, Oberöf. ult. 177, 90, Discontocommandit 196, 10, Laurah 137, 90, Defferr. Goldrente 73, 10, dts. ungarische 87, 25, Russ. Noten ult. 217, 60.

Fest. Auf Thronrede Spielpapiere schließlich höher. Bahnen beliebt. Banken, Bergwerke theilweise erheblich höher. Fremde Fonds wenig verändert. Deutsche Anlagen ruhig. Discant 2 1/2 pEt.

(W. L. B.) **Frankfurt a. M., 12. Februar, Mittags.** [Anfangs-Course.] Credit-Actien 267, —, Staatsbahn 236, 25, Lombarden —, —, 1860er Loose —, —, Goldrente —, —, Galizier 224, 25, Neueste Russen —, —, Schwach.

(W. L. B.) Wien, 12. Febr. [Schluß-Course.] Erholt.	Cours vom 12.	11.	Cours vom 12.	11.
1860er Loose	129 70	130 50	Nordwestbahn	— —
1864er Loose	176 20	176 50	Kaplovnabahn	9 35 1/2
1868er Loose	300 90	301 10	Marinsien	57 72
1870er Loose	153 25	155 25	Ungar. Goldrente	100 80
Unionsbank	— —	— —	Papierrente	70 50
St.-Gis.-A.-Cert. 273 15	274 —	— —	Silberrente	71 70
Com. Eisen	87 60	88 90	London	117 05
Galizier	258 50	258 75	Deff. Goldrente	84 70

(W. L. B.) **Paris, 12. Febr.** [Anfangs-Course.] 3 % Rente 82, 17, Neueste Anleihe 1872 116, 20, Italiener 81, 35, Staatsbahn 590, —, Lombarden 186, 25, Lärten —, —, Goldrente 73 1/2, Ungar. Goldrente —, —, 1877er Russen —, —, 3 % amori. —, —, Orient —, —, fest.

(W. L. B.) **London, 12. Febr.** [Anfangs-Course.] Consols 97, 15, Italiener 80 1/2, Lombarden —, —, Lärten —, —, Russen 1873 87 1/2, Silber —, —, Glasgow —, —, Wetter: schön.

(W. L. B.) **Newyork, 11. Febr., Abends 6 Uhr.** [Schluß-Course.] Wechsel auf London 4, 82 1/2, 4procentige fundirte Anleihe 103 1/2, 4procentige Anleihe 1877 106, Erie-Bahn 47 1/2, Baumwolle in Newyork 13 1/2, do. in New-Orleans 12 1/2, Raffinirtes Petroleum in Newyork 7 1/2, Raffinirtes Petroleum in Philadelphia 7 1/2, Mehl 5, 65, Mais (old mixed) 60, Nothwendigkeiten 1, 51, Raffee Rio 14 1/2, Havana-Ruder 7 1/2, Getreidefracht 3 1/2, Schmalz (Warte Wilcox) 7 1/2, Speck (short clear) 7.

(W. L. B.) Berlin, 12. Febr. [Schluß-Vericht.]	Cours vom 12.	11.	Cours vom 12.	11.
Weizen. Fest.	233 —	232 50	Rübb. Fest.	54 40
April-Mai	232 50	232 50	April-Mai	57 80
Maier-Juni	172 —	172 —	Sept.-Oct.	57 60
Febr.	174 50	174 25	Spiritus. Matt.	60 —
April-Mai	174 50	174 25	loco	59 90
Maier-Juni	149 50	150 50	Febr.	60 80
April-Mai	150 50	151 50	April-Mai	60 80

(W. L. B.) Stettin, 12. Febr., — Uhr — Min.	Cours vom 12.	11.	Cours vom 12.	11.
Weizen. Weichend.	227 —	227 —	Rübb. Weichend.	54 —
Frühjahr	227 50	228 —	April-Mai	57 —
Maier-Juni	168 —	169 —	Sept.-Oct.	57 —
Frühjahr	168 —	169 —	Spiritus.	59 20
Maier-Juni	168 —	169 —	loco	59 —
Frühjahr	8 50	8 60	Febr.	60 20

(W. L. B.) **Röln, 12. Febr.** [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco —, per März 24, —, per Mai 23, 95, Roggen loco —, per März 17, 70, per Mai 17, 75, Rübb. loco mit Faß 29, 50, per Mai 29, 10, Hafer loco 14, 50.

(W. L. B.) **Hamburg, 12. Februar.** [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen rubig, per April-Mai 230, —, per Mai-Juni 231, —, Roggen rubig, per April-Mai 165, —, per Mai-Juni 165, —, Rübb. rubig, loco 56, per Mai 56 1/2, Spiritus matt, per Februar 52 1/2, per März-April 52 1/2, per April-Mai 51, per Mai-Juni 51. Wetter: regnerisch.

Glasgow, 12. Febr. Robeifen 69, —.
(W. L. B.) **Paris, 12. Febr.** [Productenmarkt.] (Anfangsbericht.) Mehl matt, per Februar 69, 75, per März 69, 75, per Mai-Juni 68, 75, per Mai-August 68, —, Weizen rubig, per Februar 33, 75, per März 33, 75, per Mai-Juni 33, —, per Mai-August 33, —, per Mai-August 32, 25, Spiritus matt, per Februar 75, —, per März 73, 75, per April 73, 75, per Mai-August 71, —. Wetter: Regen.

Frankfurt a. M., 12. Febr., 7 Uhr 24 Min., Abends. [Abendbörse.] (Orig.-Depesche der Bresl. Ztg.) Creditactien 269, 69, Staatsbahn 238, 12, Lombarden 87 1/2, Defferr. Silberrente 62 1/2, do. Goldrente —, —, Ungar. Goldrente —, —, 1877er Russen —, —, Orientanleihe —, —, III. Orientanleihe —, —, fest.

Hamburg, 12. Februar, Abends 10 Uhr 16 Minuten. (Orig.-Depesche der Bresl. Ztg.) [Abendbörse.] Silberrente 62 1/2, Lombarden 194, —, Creditactien 269, —, Defferr. Staatsbahn 596, 50, Neueste Russen 81, 1/2, Rheinische 157, 75, do. junge —, —, Anglo-Deutsche —, —, Bergisch-Märkische 101, 12, Köln-Mindener —, —, Laurahütte 137, 87, Russische Noten 217, —, Nordwestbahn —, —, Consols —, —, fest.

(W. L. B.) **Wien, 12. Febr., 5 Uhr 40 Min.** [Abendbörse.] Creditactien 302, 20, Staatsbahn 275, —, Lombarden 89, 50, Consols 259, —, Napoleonsd'or 9, 35, Papierrente 70, 95, Goldrente 85, —, Ungar. Goldrente 101, 50, Marknoten 57, 80, Analo 154, 50, fest.

Paris, 12. Februar, Nachm. 3 Uhr. [Schluß-Course.] (Orig.-Depesche der Bresl. Ztg.) Fest auf die Thronrede des Deutschen Reiches.

Cours vom 12.		11.	Cours vom 12.		11.
3proc. Rente	82 25	82 15	Türken de 1865	10 50	10 42
Amortisirbare	83 65	83 50	Türken de 1869	—	—
5proc. Anl. de 1872	116 42	116 25	Türkische Loose	—	78 1/2
Ital. 5proc. Rente	81 55	81 25	Goldrente österr. . . .	74	—
Defferr. Staats-G.A. 591 25	590 —	—	do. ung.	87 1/2	86 1/2
Lombard-Eisenb.-Act. 197 50	195 —	—	1877er Russen	92 1/2	92 1/2

Orientanleihe II. —, Orientanleihe III. 62 1/2.

London, 12. Februar, Nachm. 4 Uhr. [Schluß-Course.] (Original-Depesche der Bresl. Zeitung.) Platz-Discount 2 1/2 pEt. Preuss. Consols —, —.

Cours vom 12.		11.		Cours vom 12.		11.	
Consols	98, 01	95, 15		Apr. Ber. St.-Anl. 1882	165 1/2	105 1/2	
Ital. 5proc. Rente	80 1/2	80 1/2		Silberrente	61 1/2	—	—
Lombarden	7 1/2	7 1/2		Papierrente	61	—	—
5proc. Russen de 1871	89	89 —		Berlin	20 55	—	—
5proc. Russen de 1872	88 1/2	88 1/2		Hamburg 3 Monat	20 55	—	—
5proc. Russen de 1873	87 1/2	88 1/2		Frankfurt a. M.	20 55	—	—
Silber	—	—		Wien	11 94	—	—
Türk. Anl. de 1865	10 1/2	10 1/2		Paris	25 40	—	—
5 % Türken de 1860	—	—		Stettin	25 1/2	—	—
Oesterr. Goldrente 7 1/2 %				Ungar. Goldrente 8 1/2 %			

Defferr. Goldrente 73 1/2, Ungar. Goldrente 86 1/2.

Hamburg, 11. Febr. [Spiritusmarkt.] Februar 53 1/2 Br., 53 Gd., Februar-März 52 1/2 Br., 52 1/2 Gd., April-Mai 51 Br., 50 1/2 Gd., Mai-Juni 51 Br., 50 1/2 Gd., Juni-Juli 51 Br., 51 Gd.

Zu Zwecken der Linderung des Nothstandes in Oberschlesien ertheilen wir ferner: Coblenzer Zeitung, Sammlung 139 M., 63 Pf., Ulmer Hilfs-Comite 500 M., Auguste Gräfin von Hendl 10 M., Weyer'sheimer Beobachter, Sammlung 350 M., Ertrag einer theatralischen Vorstellung in Wühl durch Posthalter Angermann 82 M., Kreisrath von Marguard in Offenbach a. M. 150 M., Clementine Lüttich in Sittichbach bei Giesleben 50 M., Warrer Friedrich in Haiger 5 M., Vaterländischer Frauenverein in Frankenfeld durch Landrath Held (2. Rate) 582 M., 40 Pf., Vaterländischer Frauenverein in Wrieg durch E. Sachs (3. Rate) 500 M., Sammlung in Stade durch Landrath Ruster (2. Rate) 293 M., 19 Pf., Hälfte des Reinertrags eines Concerts des Männer-Gesangsvereins „Arión“ 100 M., Frau J. B. Peters, geb. du Lbon, Cannes (500 Frs.) 406 M., 70 Pf., Württembergischer Landeszeitung in Stuttgart 78 M., 42 Pf., Magistral in Spandau (2. Rate) 71 M., 80 Pf., Marstaller, Jublin u. Co. in Bari 435 M., Verein der Breslauer Presse 2000 M., Sammlung durch Dr. Rauch in Allstadt, Sachsen-Weimar, 33 M., 89 Pf., Hilfs-Comite in Leipzig durch D. Staudinger (5. Rate) 1077 M., 10 Pf., Kaiserlicher Consulat in Manchesster durch das Kaiserliche Auswärtige Amt in Berlin (2. Rate) 1364 M., 65 Pf., Sammlung im Amtsbezirk Osterwerda 152 M., Sammlung im Amtsbezirk Hildesheim 472 M., 10 Pf., Sammlung im Stadtbezirk Künzelsau in Württemberg 210 M., Sammlung im Fraustadter Kreise durch Landrath von Rheinbaben 656 M., 42 Pf., Expedition der Hagenauer Zeitung 21 M., Sammlung der Gemeinde Lampersdorf bei Steinau 4 M., Vaterländischer Frauen-Zweigverein in Freystadt 233 M., Expedition der Sächsischen Provinzial-Zeitung in Reiz 291 M., 40 Pf., Expedition der Zeitung „Post“, Berlin (10. Rate) 200 M., Sammlung im Kreise Wernau 275 M., Vaterländ. Frauen-Zweigverein in Gubrau 54 M., Sammlung der Gemeinden Rosenhahn, Deutsch-Steine und Gey durch Subintendant Anders 47 M., 52 Pf., Expedition der Schlesischen Zeitung (16. Rate) 70 M., Oberbürgermeister Dr. Veder in Köln 750 M., Hilfs-Comite in Meran durch Graf von der Rede-Bolmerstein (2. Rate) 1000 M., Expedition „Dahmeim“, Leipzig, 213 M., 30 Pf., Hilfs-Comite in Posen durch M. Rantorowicz 1000 M.

Unter Hinzurechnung der am 4. d. M. angezeigten 505,599 M. 78 Pf. bis jetzt zusammen 519,515 M. 30 Pf.

Weitere Gaben nehmen wir und die Städtische Bank mit Dank entgegen.

Breslau, den 12. Februar 1880.

Der Nothstands-Ausschuß der verbundenen Vaterländischen Frauen-Vereine in Schlesien.
Wilhelmine von Tümping.

Theodor Lichtenberg Kunsthandlung & Gemälde-Ausstellung, GRÖSSTE AUSWAHL, Schweißdinerstrasse 36, von Kupferstichen, Photographien u. Prachtwerken. — Täglich geöffnet.

Neu ausgestellt wurde: **Hans Danc in Düsseldorf: „Spiel der Wellen.“** Hermann Baisch in München: „Landschaft.“ Jahresabonnements für 1, 2, 3 Personen 4, 7, 9 Mark. [2679]

Statt jeder besonderen Meldung empfehlen sich als Verlobte
Kaufmann Otto Kellau,
Auguste Hein, geb. Medner.
Görbersdorf, den 12. Febr. 1880.

Anna Klose,
Carl Richter, [528]
Verlobte.
Gömannsdorf Mittel-Zillertal
i. Schleif.

Unsere am 9. d. zu Hirschberg in
Schlesien vollzogene eheliche Verbin-
dung beehren wir uns Freunden
und Bekannten ergebenst anzuzeigen.
Breslau, den 12. Februar 1880.
[1656] Hugo Schreiter,
Jda Schreiter, geb. Tschache,
verm. geb. Tschöner.

Als Vermählte empfehlen sich:
Charlotte Hueber, [522]
geb. von Prittwitz-Gaffron,
Joseph Jaroslaw Hueber,
K. K. österreich.-ungar. Lieutenant
im Infanterie-Regiment Nr. 60.
Dresden, den 10. Februar 1880.

Gestern Abend wurde uns ein
kräftiges Mädchen geboren. [659]
Breslau, den 11. Februar 1880.
Hector Dr. Carstadt und Frau.

Am 11. wurden durch die Geburt
eines Sohnes hoch erfreut [1668]
E. Landgraf und Frau.

II!

(Verspätet.)
Unterfertiger C. C. erfüllt hiermit
die traurige Pflicht, seine a. H. a. S.
und inact. C. B. C. B. von dem
am 7. huj. zu Görlitz erfolgten Ab-
leben seines a. S. [1663]

Diakonus Kosmehl
in Kenntnis zu setzen.
Der C. C. der Silesia.
J. A. Th. Gehling x x x.

Nach langen, schweren Leiden ver-
schied gestern Vormittag 10 Uhr un-
sere gute Frau und Mutter [1654]
Marie Golde,

geb. Neumann,
im Alter von 65 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten
Gottlieb Golde,
Hermann Golde.
Breslau, den 12. Februar 1880.

Die Beerdigung findet Sonnabend,
den 14. d., Vorm. 9 Uhr, vom Trauer-
hause, Berlinerstraße 68, aus nach
dem Kirchhofe bei Gräbchen statt.

(Statt besonderer Meldung.)
Heute Mittag 1 Uhr verschied
nach langen Leiden unser theu-
rer Vater, Groß- und Urgroß-
vater, der Kaufmann [2682]
Samuel Beerel,

im siebenundachtzigsten Lebens-
jahre.
Gubrau, d. 11. Februar 1880.
Die Hinterbliebenen.

Heute früh starb mein Töchterchen
Margarete. [526]
Posen, 11. Februar 1880.

Skladny,
Reg.-Schulrath.

Familien-Nachrichten.
Geboren: Zwilling's-Töchter:
Dem Hrn. Pastor Geier in Ruhr.
Eine Tochter: Dem Hym. beim
Landwehr-Bezirks-Commando Herrn
von der Trend in Berlin; dem Hym.
und Comp.-Chef im 1. Garde-Regt.
a. F. Hrn. Freiherrn v. Schlottheim in
Potsdam.

Gestorben: Verm. Frau General
Werder in Potsdam. Oberlieut.
a. d. Gr. Freiherr v. Lebedur in
Eberswalde. Verm. Frau Landrath
d. Borries in Herford. Kgl. Bau-
meister Fr. Cohn in Berlin.

Stadt-Theater.
Freitag, den 13. Febr. „Don Juan.“
Große Oper in 2 Acten von W. A.
Mozart.
Sonnabend, den 14. Februar. 17te
Klassiker-Vorstellung zu halben
Preisen. „Wallenstein's Tod.“
Trauerspiel in 5 Aufzügen von F.
v. Schiller.

Lobe-Theater.
Freitag, den 13. Februar. Siebentes
Gastspiel des Herrn Director Theo-
dor Lebrun vom Wallnertheater
in Berlin. „Ultimo.“ Lustspiel in
5 Acten von G. v. Moser. (Verehrt
Schlegel, Herr Theodor Lebrun.)
Sonnabend, den 14. Febr. 18tes
Gastspiel des Herrn Th. Lebrun.
„Großmächtig.“ Schwank in 4
Acten von Dr. J. B. v. Schweiger.
(Adolar Liebetreu, Herr Lebrun.)

Concerthaus-Theater.
Heute Austr. des Concertmachers Sgr.
Carola. Vorher: „Der Rigeuner.“
Genrebild mit Gesang. 3. Schluss:
„Die Ballettschule.“ Burleske mit
Gesang u. Tanz. [2677]

Eine geübte Damenschneiderin
empfiehlt sich den geehrten Herrschaften
ins Haus. Wallstr. 21, 1. Et. links.

Paul Scholtz's **Stabilisse-
ment.**
Vorlesende Woche.
Heute Freitag, den 13. Februar:
Concert
der Leipziger Couplet-Sänger-
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr. [1670]
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf. Logen 2 M.
Villetts 3 St. 1 M. i. d. Commandanten.
Passpartouts ungültig.

Zelt-Garten.
Concert
von Herrn A. Kuschel.
Vorlesendes Gastspiel
der Gymnastik-Gesellschaft
Cinquevally,
Andersen u. Conrad,
[2580] sowie Auftreten
des größten Riesen der Welt
Choung-chi-Lang
und dessen Gattin
Tsay-You-Lang.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Gebr. Rösler's Etablissement.
Das große Orchestron
spielt täglich. [2624]

Ungarisches Weinfest
in Blaschke's Weinhalle,
Dhlauerstr. 40, heut u. folg. Tage.
Neue Bedienung in Costüm.

Quadrillen-Zirkel.
Mascherter und unmascherter Ball
heute Freitag in Piesch's Local.
[1687] **Demnich.**

Eisbahn-Corso
mit Militär-Concert
an der Kiebitzschhöhe
heute Freitag, den 13. Februar
von Mittag 12 bis 4 1/2 Uhr.
Entree 25 Pf. [2675]

Rubel 250 Polnische
Liquidations-Pfandbriefe
Nr. 47685
sind verloren gegangen und wird
vor Ankauf gewarnt. [1672]
Prov. R. Y. z. F. 14. II.
6 1/2 Qu. Conf. I. III.

Breslauer Gewerbeverein.
Dinstag, den 17. Februar, Abends
7 1/2 Uhr, alte Börse: Allgemeine Ver-
sammlung. [2612]
Statuten-Änderung. Vortrag
des Herrn Ober-Bergrath Altkans:
„Ueber die Lage der Eisenindustrie.“
Zähne werden mittelst **Luftgas**
(Kachgas) schmerzlos gezogen,
plombirt, einzelne Zähne, wie ganze
Gebisse eingesezt bei in Amerika
approbirtem Zahnarzt [2693]
Dr. Gerstel,
Junkerstr. 31.

Zähne werden mittelst
Luftgas (Kachgas) schmerzlos ge-
zogen, plombirt, einzelne Zähne wie
ganze Gebisse eingesezt bei
Riedel & Perl,
Amerikanische Dentisten,
Carlsstraße 2, II. [2438]

Verzinn-Anstalt
von **R. Betenstedt,** Binngießer,
Schuhstraße 22. [2699]
empfiehlt sich mit Verzinnen von eise-
nem und kupfernem Kochgeschirr u. c.
Sollte ein des **Holländischen**
Kunigebirge genügt sein, ein in Abschrift
c. 9 Bogen umfassendes Manuscript
baldigst fehlerfrei zu copiren und ins
Deutsche zu übertragen, so wolle der-
selbe unter Angabe der zu stellenden
Forderung f. Adresse gef. senden an
Lic. th. Bernstein in Delz. [507]

1 j. Dame, d. höh. Ständen angeh.,
sucht dring. 1 Darlehn v. 36 M.
Grüßl. Off. u. B. R. Postamt Wallstr.

Pianos,
Harmoniums,
Flügel
nach der neuesten Construction,
aus den besten Fabriken
zu Fabrikpreisen in der
Perm. Industrie-
Ausstellung,
[2674]
Zwingerplatz 1, erste Etage,
Eingang durch den Hausflur.

Eine nur einmal getragene feine
Camenmaske ist billig zu ver-
kaufen. Offerten unter M. 46 in den
Briefl. der Breslauer Ztg. [1655]

Kaufmännischer Verein „Union“.
Heute, Freitag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Hotel de Silesie,
kleiner Saal, parterre, Vortrag des Herrn Referendar Sachs über:
die neue Prozeßordnung in ihrer praktischen Anwendung. [2681]

Praktisches Nachschlagebuch.
Kaufleuten, Landwirthen und Behörden empfohlen!
Bei **Eduard Trewendt** in Breslau erschien soeben und ist durch
alle Buchhandlungen zu beziehen:
Schlesien,
dargestellt
nach seinen topographischen, physischen und statistischen
Verhältnissen
von
Heinrich Adamy.
5. verbesserte und vermehrte Auflage.
Mit einer Karte.
Preis 1 Mark 60 Pf.

Oberschlesische Eisenbahn.
Die in unseren Wallstätten zu Breslau, Ratibor, Posen, Stargard,
Glogau und Bissa angesammelten Material-Abgänge u. c. sollen im Wege der
öffentlichen Submission meistbietend zum Verkauf gestellt werden. Die
Gebote sind portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift:
„Offerte auf den Ankauf von Material-Abgängen“
versehen, bis zum Submissionstermine
am Freitag, den 27. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,
an unser maschinenrechtliches Bureau hieselbst einzureichen, wo dieselben
in Gegenwart der persönlich erschienenen Offerten eröffnet werden sollen.
Später eingehende Offerten bleiben unberücksichtigt.
Die Verkaufsbedingungen nebst Formularen für Abgabe der Gebote
sind im vorgewannten Bureau, sowie bei der Werkstatts-Maschinenmeisterei
in Posen und bei der Betriebs-Maschinenmeisterei in Ratibor einzusehen,
auch werden Exemplare derselben auf portofreies Gesuch gegen 50 Pf.
Copialien mitgetheilt.
Die Offerten werden aufgeföhrt, die zum Verkauf kommenden
Gegenstände auf den Lagerplätzen vor Abgabe der Gebote in Augenschein
zu nehmen. [2684]
Breslau, den 9. Februar 1880.

Königliche Direction.
Rumänische Eisenbahnen-
Action-Gesellschaft.
In Gemäßheit der §§ 37 ff. unseres Gesellschaftsstatuts berufen
wir hierdurch
eine außerordentliche General-Versammlung
der Actionäre auf
Mittwoch, den 3. März c., Vormittags 10 Uhr,
in das **Hotel de Rome,** Charlottenstraße Nr. 44/45 zu
Berlin.

Tagesordnung.
1) Ermächtigung des Vorstandes der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-
Gesellschaft zum Abschluß des Vertrages mit der kaiserlich Rumänischen
Regierung, betreffend die Ueberlassung und Uebergabe des Betriebes
des Eisenbahnnetzes der Gesellschaft und der Verwaltung ihres ge-
samten Vermögens auf Grund des Rumänischen Gesetzes
vom 26. Januar c. alten Stils und nach Maßgabe des unten bezeich-
neten Vertragsentwurfs.
2) Genehmigung der nach dem zu Nr. 1 der Tagesordnung gedachten Ver-
trage erforderlichen Änderungen des Statuts, nämlich:
a. Aufhebung der §§ 15 bis 18, 28, 33 bis 36, 46, 51 bis 54, Zusat-
zparagraf 4 vom 10. Juli 1874,
b. Abänderung der §§ 2, 3, 5, 7, 14, 19 bis 24, 27, 29, 30 bis 32,
37, 39, 41 bis 43, 45, 48 bis 50, Zusatzparagrafen 1 bis 3 vom
12. November 1872.
Abdruck des Rumänischen Gesetzes vom 26. Januar c. alten Stils
und des Vertragsentwurfs nebst Statutenänderungen können vom
15. Februar c. ab beim Vorstände der Gesellschaft in Empfang ge-
nommen werden.
Für die Theilnahme an der General-Versammlung sind die Be-
stimmungen des Gesellschaftsstatuts sub §§ 38, 39, 40 und Zusat-
zparagraf 3 zu §§ 37 ff. maßgebend.
Behufs Hinterlegung der Actien bei der Gesellschaftskasse können
die Actionäre ihre Actien sowohl bei dem Vorstände in Berlin,
Charlottenstraße Nr. 35 a, als bei der General-Direction in Bukarest,
Bahnhof Tergovesti, einreichen, ebendortselbst auch Formulare für etwa
auszustellende Vollmachten in Empfang nehmen. [512]
Berlin, den 10. Februar 1880.

Der Aufsichtsrath
der Rumänischen Eisenbahnen-Actien-Gesellschaft.

Bekanntmachung.
Dyplen, den 23. Januar 1880.
Die Stelle des Bürgermeisters hiesiger Stadt, mit welcher die Ver-
pflichtung zur Führung des Standesamtes verbunden ist, soll in Folge be-
vorstehenden Abganges des jetzigen Inhabers derselben alsbald wieder
besetzt werden.
Das pensionberechtigte Einkommen beträgt 5000 Mark, außerdem wird
freie Amtswohnung im Rathhause, bei eventueller anderweitiger Verwendung
dieser Räume aber entsprechende Entschädigung dafür gewährt.
Die Annahme von Nebenämtern ist an die Zustimmung des Stadt-
verordneten-Collegiums gebunden. Bewerber, welche das zweite (früher
dritte) Staatsexamen für Justiz oder Verwaltung bestanden haben, wollen
ihre Meldungen unter Beifügung der Qualifications-Atteste und eines
Lebenslaufes bis zum 25. Februar c. an den Stadtverordneten-Vorsteher,
Herrn Brauereibesitzer E. Friedländer hier, einreichen. [2670]

Die Stadtverordneten-Versammlung.
Mailänder Fr. 10-Loose stehen ca. 18 1/2 Mk.
Venediger Fr. 30-Loose " " 25
Wir empfehlen den Umtausch der Ersteren gegen Letztere, sowie
deren Ankauf, da sich der Cours derselben bald auf Mk. 30. heben
dürfte. Provisions 4 pSt. [495]
Moriz Stichele Söhne, Bankgeschäft, Frankfurt a. M.

Heiraths-Gesuch.
Ich suche für eine gebildete Dame,
Waise, 24 Jahre, evang., mit einem
Vermögen von 10,000 Thaler einen
Lebensgefährten. Reelle Offerten be-
liebe man an mich zu senden. Frau
M. Schwarz, Sonnenstr. 14, Bres-
lau. Discretion Ehrenfache. [2680]

Unterzeichneter wünscht eine gut
eingeführte Lebensversiche-
rungs-Gesellschaft zu ver-
treten. [2651]
Carl Leschnig, Grottkan.

Bekanntmachung.
Zu dem kaufmännischen Concurse
über das Vermögen der offenen Han-
dels-Gesellschaft Firma:
Mattes Cohn
hieselbst hat der Rentier **Gustav**
Friedmann hier eine Hypotheken-
Ausfalls-Forderung von 75,000 Mark
ohne Vorrecht nachträglich angemeldet.
Der Termin zur Prüfung dieser
Forderung ist
auf den 8. März 1880,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Herrn Amts-Gerichts-Rath
von **Jablcki** im Zimmer Nr. 47 im
2. Stock des Gerichts-Gebäudes an-
beraumt, wovon die Gläubiger, welche
ihre Forderungen angemeldet haben,
in Kenntnis gesetzt werden. [29]
Breslau, den 3. Februar 1880.
Könl. Amts-Gericht.
Remis,
Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.
Zu dem kaufmännischen Concurse
über das Privat-Vermögen des Kauf-
manns
Siegfried Cohn
hieselbst hat der Rentier **Gustav**
Friedmann hier, Kaiser Wilhelmstraße
Nr. 24, eine Hypotheken-Ausfalls-
Forderung in Höhe von 75,000 Mark
ohne Vorrecht nachträglich angemeldet.
Der Termin zur Prüfung dieser
Forderung ist
auf den 1. April 1880,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Herrn Amts-Gerichts-Rath
von **Jablcki** im Zimmer Nr. 47 im
2. Stock des Gerichts-Gebäudes an-
beraumt, wovon die Gläubiger, welche
ihre Forderungen angemeldet haben,
in Kenntnis gesetzt werden. [354]
Breslau, den 6. Februar 1880.
Könl. Amts-Gericht.
Remis,
Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.
Das den Inhabern des in Cu-
nau verstorbenen Bauergutsbesizers
Heinrich Stempel gebörige Bauer-
gut Nr. 18, Cunau, bestehend aus:
a. einem Wohnhause und 2 Aus-
zugshäusern nebst Ställen, Scheu-
nen und Schuppen, mit einem
Anzugswege von 111 M.,
b. aus Garten, Acker, Wiese und
Holzung, in der Größe von 27 Hec-
tar 96 Ar 60 Quadrat-Meter,
mit einem Rein-Ertrag von
117,43 Thlr., [354]
soll zum Zweck der Auseinanderseztung
an hiesiger Gerichtsstelle
am 26. Februar 1880,
Vormittags 9 Uhr,
meistbietend verlaufen werden.
Der Zuschlagsbescheid wird
am 28. Februar 1880,
Vormittags 11 Uhr,
eröffnet werden.
Halbau, den 7. Februar 1880.
Könl. Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Das zum Nachlasse des zu Weissen-
hof verstorbenen Nitterguts-Besizers
Friedrich Wilhelm Böhm gehörige
Gut Nr. 17a, Riegnitz, bestehend aus
77 Hectar 33 Ar 80 Quadr.-Meter
Flächeninhalt und 1205,81 Thlr. Rein-
ertrag soll im Wege der freiwilligen
Subhastation
am 26. Februar 1880,
Vormittags 10 Uhr,
im hiesigen Gerichtsgebäude, 1 Treppe,
Zimmer Nr. 25, verlaufen werden.
Die Kaufbedingungen und Abschrift
des Grundbuchblattes können in un-
seren Gerichtsschreibereien II und III
eingesehen werden. [337]
Riegnitz, den 27. Januar 1880.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
Der Concurse über das Vermögen
des Kaufmanns [353]
Aron Kirschner
zu **Beuthen OS.** ist durch Voll-
ziehung der Schlussvertheilung beendet.
Beuthen OS., den 2. Febr. 1880.
Könl. Amts-Gericht I.

Oberförsterei Peisterwitz.
Auf der Holzlicitation am 23. d. M.
werden nur die Totalität Abzergarten
und die nicht verlaufenen Reste der
Januar-Auctionen, nicht aber
Schlag 26 im Jagd 133 Kanigura
zum Ausbrot gelangen. [351]
Dhlau, den 11. Februar 1880.
Die Forst-Verwaltung.
Gudowius.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von ca. 250 Ctr.
raff. Rüßels für die königliche
Friedrichsgrube bei Tarnowitz für die
Zeit vom 1. April 1880 bis ultimo
März 1881 soll im Wege der Sub-
mission vergeben werden. Hierzu
sind im Geschäftslocal der Unter-
zeichneten auf den 28. Februar
d. J. Vormittags 10 Uhr, Termin
an und wollen hierauf reflectirende
Lieferanten ihre Offerten nebst Proben
mit der Bezeichnung „Oelieferungs-
Offerte“ schriftlich und versiegelt bis
spätestens zur angegebenen Stunde
einreichen. Die Lieferungsbedingun-
gen können während der Amtsun-
gen eingesehen oder abschriftlich gegen
Einsendung von 50 Pf. in Brief-
marken bezogen werden. [2672]
Tarnowitz, den 9. Februar 1880.
Königliche Berg-Inspection.

Bekanntmachung.
Der Fabrik-Besitzer **Fritz Hof-**
deutscher hieselbst beabsichtigt auf
seinem, Große Fürstentstraße Nr. 94
hieselbst belegen, in dem Hypo-
thekenbuche unter Nr. 182 mit dem
Namen „Sepbastos“ bezeichneten
Grundstück die Anlage einer Fabrik,
in welcher Dampfmaschinen und Blech-
schneide durch Bernieten hergestellt wer-
den. Zeichnungen und Beschreibung
dieser Anlage liegen in unserm
Bureau, Elisabethstraße Nr. 15 pt.,
zur Einsichtnahme aus.
Etwasige Einwendungen sind inner-
halb 14 Tage präclufischer Frist,
im Wege des Aufgebots zum Verkauf:
aus Tagen 24 Reilswert
20 Eichen mit 20,69 Fm.,
21 Buchen " 12,70 "
93 Kiefern " 73,50 "
421 Fichten " 237,56 "
20 Am. Eichen-Nußholz, 28
Am. Buchen-Nußholz, 93
Fichten-Stangen 1. Kl., 39
Fichten-Stangen 2. Kl.:
aus Tagen 63a Budowius circa
60 Erlen mit 25,00 Fm.;
aus Tagen 95a Georgenwerth ca.
130 Kiefern mit ca. 100 Fm.
u. 600 Fichten mit ca. 500 Fm.;
aus Tagen 195a Plumenau 45
Buchen mit 21,21 Fm. (meist
Weißbuchen), 7 Erlen mit
4,77 Fm. u. 314 Fichten mit
229,43 Fm.;
aus Tagen 228a Neuwedel circa
500 Fichten mit ca. 300 Fm.
u. 1 Eiche mit 5,0 Fm.;
aus Tagen 90e u. 143a Georgen-
werth 171 Am. Kiefern-Scheit,
1 1/2 Meter lang, [2696]
außerdem Brennholz für Con-
sumanten nach Bedarf.
Der Termin beginnt um 10 Uhr
Vormittags im Gerber'schen Gast-
hause hieselbst.
Greuzburgerhütte, d. 10. Febr. 1880.
Der Oberförster
v. Ehrenstein.

Holzverkauf.
Kgl. Oberförsterei Budowius.
In dem am 18. Februar c. an-
gezeigten Holzverkaufstermine kommen
im Wege des Aufgebots zum Verkauf:
aus Tagen 24 Reilswert
20 Eichen mit 20,69 Fm.,
21 Buchen " 12,70 "
93 Kiefern " 73,50 "
421 Fichten " 237,56 "
20 Am. Eichen-Nußholz, 28
Am. Buchen-Nußholz, 93
Fichten-Stangen 1. Kl., 39
Fichten-Stangen 2. Kl.:
aus Tagen 63a Budowius circa
60 Erlen mit 25,00 Fm.;
aus Tagen 95a Georgenwerth ca.
130 Kiefern mit ca. 100 Fm.
u. 600 Fichten mit ca. 500 Fm.;
aus Tagen 195a Plumenau 45
Buchen mit 21,21 Fm. (meist
Weißbuchen), 7 Erlen mit
4,77 Fm. u. 314 Fichten mit
229,43 Fm.;
aus Tagen 228a Neuwedel circa
500 Fichten mit ca. 300 Fm.
u. 1 Eiche mit 5,0 Fm.;
aus Tagen 90e u. 143a Georgen-
werth 171 Am. Kiefern-Scheit,
1 1/2 Meter lang, [2696]
außerdem Brennholz für Con-
sumanten nach Bedarf.
Der Termin beginnt um 10 Uhr
Vormittags im Gerber'schen Gast-
hause hieselbst.
Greuzburgerhütte, d. 10. Febr. 1880.
Der Oberförster
v. Ehrenstein.

Chamrad,
Gerichtsbollstehler in Fabrie D.-Schl.

Auction.
Sonnabend, den 21. Februar c.,
wird der Unterzeichnete auf der Straße
Looß 22 bei Postwirth eine kleine
Locomotive, 38 große Waggon und
31 Muldenwagen meistbietend gegen
gleich baare Bezahlung versteigern.
Kauflustige werden hierzu einge-
laden. [529]

Bekanntmachung.
Der unterzeichnete Vorstand bringt
hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß
im April c. die neuen Lehrkräfte der
hiesigen jüdischen Lehrer-Bildungs-
Anstalt beginnen.
Die Bedingungen für die Aufnahme,
die nur ein Mal jährlich und zwar
beim Beginn des Sommer-Semesters
stattfindet, sind folgende:
1) Der Aufzunehmende muß min-
destens das siebzehnte Jahr zu-
rückgelegt und das Alter der
Bildungsfähigkeit noch nicht über-
schritten haben.
2) Er muß neben dem richtigen Ge-
brauch der Muttersprache die all-
gemeinen Vorkenntnisse im He-
bräischen, in biblischer Geschichte,
sowie in den Elementargegen-
ständen besitzen; außerdem noch
einige Fertigkeit im Geigenspiel.
3) Er hat dem Director der Anstalt
folgende Schriftstücke einzureichen:
a. Einen von ihm selbst ver-
faßten und geschriebenen
Lebenslauf, welcher außer
seinen persönlichen Verhält-
nissen besonders den bis-
herigen Gang seiner Bildung
darstellt.
b. Ein Zeugnis über seine
Schulbildung.
c. Ein amtliches Zeugnis über
seinen bisherigen Lebens-
wandel.
d. Ein ärztliches Zeugnis über
seinen für das Lehramt voll-
kommen geeigneten Gesund-
heitszustand. [2692]
e. Ein Geburtsattest.
Auf Grund eines nach diesen Be-
dingungen schriftlich zu Händen des
Directors Horwitz bis Mitte März
einzuliefernden Gesuches wird über
die Zulassung des Angemeldeten zur
Prüfung bestimmt, von deren Ergeb-
nis seine Aufnahme oder Zurückweisung
abhängt.
Der Unterricht wird unentgeltlich
ertheilt. Für die Substanz haben
die Zöglinge selbst zu sorgen.
Berlin, im Februar 1880.
Der Vorstand
der jüdischen Gemeinde.

Ein junger Kaufmann, Specerist,
noch activ, wünscht Stellung im
Specereigesch., welches er in einigen
Monaten bei Anzahlung von 3000
Mark für eigene Rechnung über-
nehmen könnte. Gest. Off. erbeten
unter G. H. 52 Exp. d. Bresl. Ztg.

